

Antragsbuch des Landesparteitages 2013.1

Piratenpartei Brandenburg

27. Juli 2013

Druckversion

Inhaltsverzeichnis

I	Satzungsänderungen	3
1	Eingereichte Satzungsänderunganträge	3
	SA001 - SMV für Stellungnahmen, Entschließungen, Empfehlungen, Programm OHNE Satzung	3
	SA002 - Landessatzung § 15 Abs. 1 - Einreichungszeitraum	4
	SA003 - Landessatzung § 15 Abs. 4 - Vertagung unbehandelter oder zurückgestellter Anträge	4
II	Grundsatzprogramm	5
	GP001 - Fanrechte für das Land Brandenburg	5
	GP002 - Position des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei zu Pyrotechnik	6
	GP005 - Wissenschaft	6
	GP006 - Vereintes Europa	7
	GP007 - Grundpositionen Verkehrs- und Industrielärm	7
	GP008 - Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates	8
	GP009 - Staat und Religion	8
	GP010 - Wahlrecht ist ein Menschenrecht	9
	GP011 - Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende	10
	GP012 - Gegen Körperverletzung von Minderjährigen	10
	GP013 - Staatsbürgerschaft ab Geburt	11
	GP014 - Asylrecht ändern	11
	GP015 - Datenschutz wahren	11
III	Wahlprogramm	12
	WP001 - Bekenntnis zum Templiner Manifest	12
	WP002 - Open Access und Open Data in der Forschung	13
	WP003 - Anschaffung der Infrastruktur für 3D-Druck in Schulen	14
	WP004 - Zensurfreie Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten	14
	WP005 - Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren	15
	WP006 - Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg	15
	WP007 - Beibehaltung und Instandsetzung der Schienen-Infrastruktur	16
	WP008 - Schienen-Infrastruktur in öffentlicher Hand, konkurrierende Nutzung	16
	WP009 - Förderung des Fahrradverkehrs	16
	WP010 - Verknüpfung ÖPNV mit Rad- und Autoverkehr	17
	WP011 - Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle	17
	WP012 - Übergangstechnologie für den Fahrzeugantrieb	18
	WP013 - Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden	18
	WP014 - Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts	18
	WP015 - Förderung von Altbausanierung	19
	WP016 - Militärische Konversionsflächen	19
	WP017 - Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg	19
	WP018 - Elternzeit	20
	WP019 - Haushaltsuntreue als Straftatbestand	21
	WP020 - Haushaltsuntreue bei öffentlichen Ausschreibungen	21
	WP021 - Mitteilungsverpflichtung bei Verdacht auf Haushaltsuntreue	22
	WP022 - Schweizer Sicherungswände	22
	WP023 - Wertstoff Müll	23
	WP024 - Wasserwirtschaft	23
	WP025 - Abwasser	23
	WP026 - Erhalt des ländlichen Lebensraums	23
	WP027 - Patente in der Landwirtschaft	24

WP028 - Gentechnikfreie Regionen	24
WP029 - Forstwirtschaft	24
WP030 - Verkehrsregelung vor Autobahnausbau und unnötiger Versiegelung von Biotopraum	24
WP031 - Gentechnik in der Landwirtschaft	24
WP032 - Demokratisierung der Kommunalverwaltung für alle Bürger!	25
WP033 - Demokratiefähige und tragfähige Kommunen schaffen	25
WP034 - Kreisgebietsreform zukunftsfest machen	26
WP035 - Gegen vorrangige Gewinnorientierung im Gesundheitswesen	27
WP036 - Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung	27
WP037 - Verkehr- und Industrielärmemissionen	27
WP038 - Gleichstellungsbeauftragte zu Antidiskriminierungsbeauftragte umwandeln	29
WP039 - Einleitung bildungspolitischer Teil Wahlprogramm	29
WP040 - Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates	29
WP041 - Kinder stärken - Bildungsqualität fördern	30
WP042 - Mehr Geld für Bildung	30
WP043 - Personalhoheit an staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	31
WP044 - Budgethoheit staatlicher Bildungs- und Erziehungseinrichtungen	31
WP045 - Staatliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu eigenständigen Körperschaften	31
WP046 - Das Geld folgt den Kindern - praktische Umsetzung	31
WP047 - Gesunde Ernährung	32
WP048 - Für mehr Ganztagschulen	32
WP049 - Finanzierung der Schulen ausschließlich durch das Land	32
WP050 - Für einen verbindlichen Rechtsanspruch begabter Kinder auf Förderung	33
WP051 - Medienerziehung in der Schule	33
WP052 - Gebärdensprache fördern	33
WP053 - Unterrichtsfach Kommunikation und Fortbildung für Lehrkräfte	33

IV Positionspapiere 35

1 Eingereichte Positionspapiere 35	
Q001 - Energieleitbild 2033	35
Q002 - Zeitreisen Erforschen Jetzt	36
Q003 - Recht auf informelle Selbstbestimmung	36
Q004 - Recycling	37
Q005 - Staatlich geförderte Antibiotikaforschung	37
Q006 - Zukunft(s) Land Brandenburg	37

V Sonstige Anträge 39

X001 - Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	39
X002 - Enterprise	39
X003 - Einführung eines Antidiskriminierungsbeauftragten	39
X004 - Beisitzer mit Funktionsbezeichnungen abschaffen.	40
X005 - Landesgeschäftsstelle erhalten	40
X006 - Keinen Datenpool schaffen.	40
X007 - Der Landesverband Brandenburg ist rechtsfähig.	40
X008 - Beitragseinzug durch den Landesverband	41
X009 - Ablehnung von Facebook etc.	41
X010 - Orte zukünftiger Landesparteitage	41

VI Zurückgestellte und unbehandelte Anträge des LPT 2012.1 42

1 Zurückgestellte und unbehandelte Wahlprogrammanträge 42	
WP004z - Legalisierung von Cannabis	42
WP008z - Drogenprävention an Brandenburger Schulen	42
WP020z - Medikamente in der Tierzucht	42
WP023z - Gesundheitswesen	43
WP033z - Konversionsflächen der Bundeswehr	44
WP034z - Kulturdenkmäler als Geschichtszeugnisse erhalten	45
WP051z - Ämter abschaffen - Kommunen stärken	45
WP053z - Gegen vorrangige Gewinnorientierung im Gesundheitswesen	46
WP054z - Kontrolle von Krankenkassenleistungen durch Patienten	46
WP055z - Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung	46
2 Zurückgestellte und unbehandelte Positionspapiere 47	
Q003z - Schulen fit machen	47
3 Zurückgestellte und unbehandelte Sonstige Anträge 47	
X007z - Gegen rituelle Körperverletzung von Minderjährigen	47

Teil I.

Satzungsänderungen

1. Eingereichte Satzungsänderunganträge

SA001 - SMV für Stellungnahmen, Entschließungen, Empfehlungen, Programm OHNE Satzung

Antragsteller: Dante321 → Version: 06. Juni 2013; 01:02 Uhr

Antragstext:

SMV für Stellungnahmen, Entschließungen, Empfehlungen, Programm OHNE Satzung,

Der Landespartei möge beschließen

Abschnitt 2 - Die Organe des Landesverbandes in der Satzung der Piratenpartei Brandenburg in Paragraph 8 den Absatz (1) zu ergänzen und den ebenfalls folgenden Paragraphen 8a in den Unterabschnitt der Satzung der Piratenpartei Brandenburg aufzunehmen

(1)Der Landesparteitag tagt daneben online nach den Prinzipien von Liquid Democracy gem. § 8a als Ständige Mitgliederversammlung (SMV).

§ 8a - Die Ständige Mitgliederversammlung (SMV)

(1) Die ständige Mitgliederversammlung (SMV) ist als online tagendes Arbeits- und Beschlussgremium des Parteitags Teil der Mitglieder- und Vertreterversammlung nach § 9 Parteiengesetz.

(2) Jedes stimmberechtigte Mitglied der Piratenpartei Brandenburg hat das Recht, als stimmberechtigtes Mitglied der SMV akkreditiert und deakkreditiert zu werden.

(3) Die SMV arbeitet online nach den Prinzipien der Liquid Democracy.

(4) Die SMV arbeitet transparent und nachvollziehbar, es finden ausschließlich namentliche Abstimmungen statt.

(5) Die SMV ermöglicht ihren Mitgliedern die Willensbildung in allen politischen Bereichen und kann sich entsprechend strukturieren.

(6) Der Diskussions- und Abstimmungsprozess der SMV ist in vier aufeinander folgende, zeitlich begrenzte Phasen unterteilt.

Die Länge der Phasen und die Höhe der Quoren regelt die Geschäftsordnung.

In Phase 1 können Anträge und Alternativanträge gestellt, weiterentwickelt und unterstützt werden. Hat ein Antrag ein Quorum an Unterstützern erreicht, so beginnt für ihn wie auch für alle Alternativanträge die nächste Phase.

In Phase 2 können die Anträge weiterentwickelt und unterstützt sowie weitere Alternativanträge gestellt werden.

Mit Beginn von Phase 3 können Anträge nicht mehr verändert werden. Das Unterstützen von Anträgen und Stellen von Alternativanträgen ist weiterhin möglich. Alle Anträge, die am Ende dieser Phase ein Quorum an Unterstützern erreichen, gelangen in die nächste Phase. In Phase 4 werden die Anträge abgestimmt.

(7) Ein Antrag auf politische Stellungnahme, organisatorische Entschließung oder Beschlussempfehlung für Mandats- & Amtsträger oder Organe an die SMV ist erfolgreich abgestimmt, wenn die Anzahl der Zustimmungen größer als die Anzahl der Ablehnungen ist und eine Mehrheit der, an der entsprechenden Abstimmung Teilnehmenden, diesen Antrag allen anderen Anträgen, die ebenfalls mehr Zustimmungen als Ablehnungen erhalten haben, vorzieht.

(8) Ein Antrag auf Änderung oder Ergänzung der Wahl- und Grundsatzprogramme sowie die Einbringung von Positionspapieren, wenn die Anzahl der Zustimmungen mindestens doppelt so groß wie die Anzahl der Ablehnungen ist und eine Mehrheit der, an der entsprechenden Abstimmung Teilnehmenden, diesen Antrag allen anderen Anträgen, die ebenfalls mindestens doppelt so viele Zustimmungen wie Ablehnungen erhalten haben, vorzieht.

(9) Die SMV kann mittels einmaliger erfolgreicher Abstimmung nach § 8a (7) politische Stellungnahmen und organisatorische Entschließungen und Beschlussempfehlung für Mandats- und Amtsträger oder Organe verbindlich beschließen.

(10) Die SMV kann mittels einmaliger erfolgreicher Abstimmung nach § 8a (8) Änderungen und Ergänzungen der Wahl- und Grundsatzprogramme verbindlich beschließen.

(10a)Wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten der SMV,einen Antrag auf eine Geheimeabstimmung über einen Antrag stellt, so wird der Antrag ,innerhalb der SMV nicht behandelt und eine Empfehlung gegeben den Antrag Geheim auf dem nächsten Turnus gemäßen Reallife Landesparteitag zubehandeln.

(11) Die SMV kann keine Satzungsänderungen verbindlich beschließen, insofern gilt eine erfolgreiche Abstimmung nach § 8a (8) lediglich als Empfehlung an das satzunggebende Organ.

(12) Die Beschlüsse der SMV gelten als Empfehlungen an Mandats- und Amtsträger der Piratenpartei Brandenburg und Organe der Piratenpartei Brandenburg, ausgenommen hiervon sind die Schiedsgerichte.

(13) Die SMV kann nicht über die Auflösung sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien entscheiden und keine Personenwahlen durchführen.

(14) Die Geschäftsordnung der SMV in der auch die Konstituierung der Ständigen Mitgliederversammlung geregelt ist, wird erstmalig vom Landesparteitag beschlossen. Sie kann danach durch Beschluss der SMV geändert werden. Durch die Geschäftsordnung kann nicht von Vorschriften der Satzung der Piratenpartei Brandenburg abgewichen werden.

Begründung: Wir sind eine Partei die Online Beteiligung innerhalb der Gesellschaft,fordert. Wir als Partei können doch nur Glaubhaft rüberkommen und den Bürger Glaubhaft vermitteln, Ja wir stehen zu Onlinebeteiligung wir ermöglichen es ihnen sich an den Entscheidungsprozessen Aktiv zu beteiligen in ihrer Stadt und in ihrer Gemeinde, Wir Piraten können das Weil wir eine SMV haben aber wir schaffen es nicht, innerhalb der Piratenpartei es um zusetzen. Das Stört mich weil wir uns unglaubwürdig machen.

Die SMV wäre auch ein Tolles Mittel endlich,die Etablierten Partei herauszufordern und sie vor uns herzutreiben. “Wie sieht bei euch den die Onlinebeteiligung aus Liebe Grüne ParteiWarum könnt ihr das nicht,mit der Onlinebeteiligung” “Und warum kann eine 2% Partei ihre Mitglieder Online einbeziehen in der Politischen Arbeit und sie Liebe CDU schaffen es nicht”

All das wären Argumente die wir den anderen an den Latz knallen könnten. Eine Ständige Mitgliederversammlung ermöglicht auch, endlich ein Hohen Anteil der Mitglieder in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Ach so und wir sind eine Internetpartei nur mal so.

SA002 - Landessatzung § 15 Abs. 1 - Einreichungszeitraum

Antragsteller: uk → Version: 05. Juli 2013; 14:25 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen,

in § 15 Absatz 1 der Landessatzung werden die Worte “im laufenden Jahr” gestrichen und durch das Wort “jederzeit” ersetzt.

Alt: (1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können ~~im laufenden Jahr~~ gestellt werden, spätestens jedoch sind sie fünf Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Neu: (1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können jederzeit gestellt werden, spätestens jedoch sind sie fünf Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Begründung:

“Im laufenden Jahr” ist nicht genau definiert. In den ersten 5 Wochen des “laufenden Jahres” wären keine fristgerechten Anträge für eventuelle Parteitage möglich, weil die Antragsfrist vorbei wäre. “Jederzeit” soll dieses Problem vermeiden.

SA003 - Landessatzung § 15 Abs. 4 - Vertagung unbehandelter oder zurückgestellter Anträge

Antragsteller: uk → Version: 05. Juli 2013; 15:22 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen,

in § 15 Absatz 4 der Landessatzung wird folgender Satz hinzugefügt:

“Eingereichte unbehandelte oder zurückgestellte Anträge werden auf den nächsten Landesparteitag vertagt.”

Alternativ kann der Zusatz: “und bevorzugt behandelt” angehängen werden:

“Eingereichte unbehandelte oder zurückgestellte Anträge werden auf den nächsten Landesparteitag vertagt und bevorzugt behandelt.”

Der Landesparteitag möge beide Varianten zur Abstimmung stellen.

Begründung: Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland. Einmal eingereichte Anträge an dieses Organ dürfen nicht einfach weggeworfen werden, nur weil der Zeitraum einer zeitlich begrenzten Versammlung beendet ist.

Teil II.

Grundsatzprogramm

GP001 - Fanrechte für das Land Brandenburg

Antragsteller: Mtaege → Version: 28. April 2013; 14:11 Uhr

Antragstext:

(Modul 1 - Einleitung) Piraten für Fanrechte

Die Piratenpartei Landesverband Brandenburg setzt sich für die Wahrung der Rechte von Fans und für einen sachlichen Dialog auf Augenhöhe zwischen allen Interessensgruppen beim Fußball und anderen Sportarten ein.

Der derzeitige Druck der Innenminister des Bundes und der Länder sowie der Polizeibehörden auf die Verbände, repressive Maßnahmen gegen große Teile der Fanszenen neu zu schaffen oder bestehende zu verschärfen, muss gestoppt werden. Die Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten muss im gesetzlichen Rahmen von der Polizei durchgeführt werden, statt sie in das Vereinsrecht zu verlagern, wo Mittel und Verfahren rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht genügen.

Modul 2 - Kollektivstrafen & HilfspolizeiGegen Kollektivstrafen

Die Praxis, Vereine oder Fangruppierungen für die Vergehen einzelner Anhänger in Sippenhaft zu nehmen und Pläne, dieses Vorgehen gesetzlich zu legitimieren, lehnen wir entschieden ab.

Ebenso sehen wir Piraten keine Rechtsgrundlage für die Versuche einiger Vereine hohe Strafzahlungen an Dritte weiter zu leiten, die die Verbände und Vereine miteinander vereinbart haben.

Ein friedliches und respektvolles Miteinander ist nur ohne solche Drohkulissen möglich, die für die überwiegend jugendlichen Betroffenen langfristig stark negative Folgen haben.

Modul 4 - Einschränkung der Freiheit der PersonKeine Einschränkungen der Freiheit der Person

Der Landesverband Brandenburg spricht sich gegen die Praxis vieler Polizeibehörden, Fans ohne richterliche Anordnung mit sogenannten "Bereichsbetretungsverboten"^[2] oder Ausreiseverboten zu belegen, sowie Bestrebungen dies bundesweit zu ermöglichen, aus. Diese Einschränkung der Grundrechte der Betroffenen ist für uns nicht hinnehmbar.

Modul 5 - StadionverboteStadionverbote

Derzeit werden, insbesondere vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), bundesweite Stadionverbote häufig auf Verdacht ausgesprochen, ohne dass die Betroffenen sich zur Sache äußern könnten. Dies hat nicht selten große soziale Folgen, gerade für jene Betroffene, die im Stadion einen ihrer Lebensmittelpunkte haben.^{[3][4][5]}

Die Piraten stehen für ein Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben ein und fordern daher die Vergabe von bundesweiten Stadionverboten einzelfallgerecht und unter Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards inkl. fairer, verpflichtender Anhörung des Betroffenen und seiner Vertreter zu regeln. Zusätzlich sind bei den Anhörungen auch immer die jeweils zuständigen Fanbeauftragten und Vertreter der Fanszene hinzuzuziehen.

Sinn dieses Vorgehens ist es festzustellen, ob von dem Fan akute Gefahr ausgeht, oder ob man ihn nicht mit Hilfe geeigneter Maßnahmen auf den richtigen Weg zurückführen kann. Liegen die Ursachen des Fehlverhaltens des Fans außerhalb des Stadions, verlagert man mit einem Stadionverbot das Problem nur und verstärkt es unter Umständen sogar.

Hooligans und organisierte Gewalttäter werden durch Stadionverbote nicht von der Begehung von Straftaten außerhalb der Stadien abgehalten. Hier muss zur Gewaltprävention die Arbeit der Fanprojekte und Fanbeauftragten unterstützt werden, um zu verhindern, dass Jugendliche in die Hooliganszenen abdriften.

Modul 6 - EinlasskontrollenEinlasskontrollen

Bei den Einlasskontrollen zu den Stadien ist unbedingt darauf zu achten, dass die Würde der Stadionbesucher gewahrt bleibt. Vollkörperkontrollen sehen wir als menschenunwürdige Maßnahme, die in keinem Verhältnis zu den zu verhindernden Ordnungswidrigkeiten steht, und lehnen diese entschieden ab.

Begründung

Anhänger von Sportvereinen werden von den Innenministern seit Jahren als Objekte zum Profilieren missbraucht.

Die Piratenpartei und die Piratenfraktionen setzen sich bereits jetzt dagegen ein (Link) und sollte das Ziel einer Verbesserung des derzeitigen Zustands auch ins Programm aufnehmen.

Rückfragen können gerne z.B. an die Mailingliste der AG Sport gestellt werden: <https://service.piratenpartei.de/listinfo/ag-sport> http://wiki.piratenpartei.de/AG_Sport/PG/Fanrechte

GP002 - Position des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei zu Pyrotechnik

Antragsteller: Mtaege → Version: 28. April 2013; 15:03 Uhr

Antragstext:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich dafür ein, den kontrollierten Einsatz von Pyrotechnik durch Fans, dort wo es die lokalen Gegebenheiten zulassen, zu ermöglichen.

Pyrotechnik ist für viele Fans fester Bestandteil der Fankultur und ein wichtiges Mittel ihren Emotionen Ausdruck zu verleihen. Die bisherigen Versuche den Einsatz von Pyrotechnik zu unterbinden sind gescheitert und haben nur zu einer immer stärker werdenden Überwachung und Gängelung der Fans geführt.

Derzeit wird Pyrotechnik heimlich ins Stadion geschafft und dort verdeckt, im Schutz der Masse, gezündet. Das hierdurch entstehende Verletzungsrisiko ließe sich bei kontrollierter Nutzung innerhalb extra dafür vorgesehener Zonen erheblich reduzieren.

Dort wo der Einsatz von Pyrotechnik durch Fans möglich ist, (z.B. in Norwegen oder Österreich) hat man sehr positive Erfahrungen damit gemacht^[1] und auch in Deutschland gibt es, z.B. beim Eishockey^{[3][4]}, bereits positive Erfahrungen damit.

Wir fordern daher, dass der DFB den 2011 begonnenen Dialog zur Legalisierung von Pyrotechnik wieder aufnimmt, (weitere Infos unter ^[4]) und die Politik parallel die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dies zu ermöglichen.

Begründung:

Pyrotechnik in Stadien ist einer der Punkte, an denen sich immer wieder Streit zwischen Fangruppen, den Vereinen / Verbänden und Ordnungshütern entzündet.

Man wird Pyrotechnik nie komplett aus den Stadien raushalten können, wenn man nicht zu drakonischen Maßnahmen greifen möchte.

Erfahrungen aus den 90ern in Deutschland, aber auch aktuelle im europäischen Ausland zeigen, dass die Duldung von Pyrotechnik dazu führt, dass die Probleme stark abnehmen. Unter anderem deswegen, weil sich die Fanszenen selber darum kümmern, dass niemand Unsinn anstellt, aber auch weil der Reiz des Verbotenen wegfällt. Dies sehen wir als den einzig sinnvollen Weg an, die Problematik zu entschärfen.

Rückfragen können gerne z.B. an die Mailingliste der AG Sport gestellt werden: <https://service.piratenpartei.de/listinfo/ag-sport> http://wiki.piratenpartei.de/AG_Sport/PG/Fanrechte

GP005 - Wissenschaft

Antragsteller: Mtaege → Version: 23. Juni 2013; 21:15 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Text in das Grundsatzprogramm aufnehmen:

Wissenschaft ist die Erweiterung des Wissens durch Forschung, dessen Weitergabe durch Lehre bzw. Veröffentlichung, der gesellschaftliche, historische und institutionelle Rahmen, in dem dies organisiert betrieben wird, sowie die Gesamtheit des so erworbenen Wissens. Bildung und Wissenschaft sind die zentralen Antriebskräfte des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern. Die Freiheit von Wissenschaft, das heißt von Lehre und Forschung, ist ein Individualrecht.

Freier Zugang zu Wissenschaft

Die Vielfalt der Forschungseinrichtungen in Brandenburg und die Breite ihres wissenschaftlichen Spektrums bilden die Grundlage für freies und fruchtbares Forschen. Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse hängt in erheblichem Maße von ihrer freien und öffentlichen Zugänglichkeit ab. Deshalb ist ein freier Zugang zu wissenschaftlicher Tätigkeit, wissenschaftlichen Diskursen und Forschungsergebnissen unabdingbar. Der Wert von Wissenschaft lässt sich nicht auf wirtschaftliche oder infrastrukturelle Aspekte reduzieren. Um ihre Vielfalt und Freiheit zu wahren, darf wissenschaftliche Tätigkeit keinen politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Zwängen unterliegen. Die Vernetzung von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen muss gezielt gefördert werden. Forschungseinrichtungen sollen Kooperationen mit Bildungsinstitutionen anstreben und sich für Lernende aus allen anderen Bildungsbereichen öffnen.

Freier Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen

Die technische Entwicklung hat die praktischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellem Erbe grundlegend verändert. Insbesondere das Internet ermöglicht erstmals eine umfassende und interaktive Repräsentation des menschlichen Wissens, einschließlich des kulturellen Erbes, bei gleichzeitiger Gewährleistung eines weltweiten Zugangs. Wir fühlen uns verpflichtet, die Chancen neuer technischer Möglichkeiten, insbesondere des Internets als dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Medium der Wissensverbreitung, aufzugreifen. Die genannten

Entwicklungen werden das Wesen wissenschaftlichen Publizierens erheblich verändern und einen Wandel der bestehenden Systeme wissenschaftlicher Qualitätssicherung einleiten. Die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access ist unerlässlicher Bestandteil gegenwärtigen und zukünftigen Wissenschaftsbetriebs. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, für dieses Prinzip zu werben, sämtliche Umsetzungshürden zu beseitigen und die nötige Infrastruktur zu fördern oder gegebenenfalls bereitzustellen. Die hierfür aufzuwendenden Mittel dürfen nicht zu Lasten sonstiger Wissenschafts- und Forschungsförderung gehen. Maßnahmen zur Förderung von Open Access sind mit der Unabhängigkeit der Universitäten und der Forschungsfreiheit vereinbar.

Begründung:

keine

GP006 - Vereintes Europa

Antragsteller: F1Orange (aus Sachsen) → Version: 01. Juni 2013; 17:31 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge beschließen diesen Antrag an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufzunehmen:

Die PIRATEN Brandenburg bekennen sich klar zur Idee der europäischen Einigung. Nur gemeinsam vereint können die Bürger und Staaten Europas Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem ganzen Kontinent nachhaltig sicherstellen. Erstmals in der Geschichte herrschen Reisefreiheit und offene Grenzen nahezu europaweit - diese Schrankenlosigkeit entspricht unserem transnationalen Verständnis und wir wollen sie weitestmöglich fortentwickeln.

Bereits seit Gründung der Europäischen Union besteht allerdings ein Mangel an demokratischer Legitimation und Teilhabe. Das europäische Projekt ist noch immer eines der Mitgliedsstaaten, nicht ihrer Bürger. Wir PIRATEN wollen diese Defizite überwinden und aus einem Eliten-Projekt eine Graswurzelbewegung machen.

Unser Ziel ist ein vereintes Europa mit einer gemeinsamen Währung, eine in demokratischer Verfassung konstituierte politische Union. Ein Bund, von unten nach oben aufgebaut - und kein europäischer Zentralstaat. Unter Einbeziehung der historisch gewachsenen kulturellen Unterschiede innerhalb des Kontinents wollen wir eine föderale, dezentrale, rechtsstaatliche und solidarische Union schaffen, welche die ganze Vielfalt Europas abbildet.

Wir brandenburger PIRATEN wollen starke Regionen auf der einen und ein starkes Europaparlament auf der anderen Seite. Wir wollen gesamteuropäische Parteien und das aktive wie passive Wahlrecht für alle Unionsbürger europaweit. Wir wollen eine europäische Regierung und gleichsam wirkungsvolle direkt-demokratische Instrumente. Ein vereintes Europa soll im Inneren möglichst viele Kompetenzen auf die unterste politische Ebene verlagern - und nach außen mit einer gemeinsamen Stimme sprechen.

Europapolitik ist keine Außenpolitik mehr. Wir PIRATEN sehen unsere europäischen Nachbarn als Mitglieder einer Familie, denen wir in allen Notlagen beistehen - dies ist das Wesen einer solidarischen Union. In einer globalisierten Welt können wir unsere demokratischen und sozialen Werte nur vereint in einem Bund behaupten, deshalb kämpfen wir für ein vereintes Europa.

Begründung:

Dieser Antrag stammt von den sächsischen PIRATEN und wurde von diesen so beschlossen. Europapolitik als Innenpolitik und die Idee eines vereinten Europas sollten nicht nur im Bundesprogramm eine wichtige Stellung einnehmen, sondern auch von den Landesverbänden unterstützt und vorangetrieben werden.

Nachfragen zum Antrag können auch an [F1Orange](#) gestellt werden.

GP007 - Grundpositionen Verkehrs- und Industrielärm

Antragsteller: Kannstewissen → Version: 03. Juli 2013; 21:08 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge beschließen den Text dieses Antrages an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufzunehmen:

Verkehrs- und Industrielärmemissionen

Die Piratenpartei Brandenburg erkennt Verkehrs- und Industrielärm als Umweltbelastung und als Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit. Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Besonders schützenswert ist die Nacht.

Lärmemissionen sind in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen.

Verkehrs- und Industrielärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten. Lärmquellen sind entsprechend zu kennzeichnen.

Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen. Betroffene müssen die Möglichkeit haben, ihre individuellen Belastungen schnell und unkompliziert zu erfahren. Lärmemissionsberechnungen sollen auf Antrag der Betroffenen durch Messungen validiert werden.

Die Piratenpartei unterstützt die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können.

Begründung: Dieser Antrag stellt die Kernpunkte der Lärmpositionen dar, die umfänglicher bereits im Wahlprogramm enthalten oder für selbiges beantrag sind. Auch im Grundsatzprogramm sollen Aussagen zu diesem für Brandenburg wichtigen Thema getroffen werden.

Inhaltliche Begründungen bitte dem Wahlprogrammantrag entnehmen.

GP008 - Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 00:39 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen im Landesprogramm unter der Überschrift “Vielfalt und Wahlfreiheit” im ersten Absatz statt des Satzes “Ein Bildungssystem muss so finanziert werden, dass es dabei nicht zu Wartezeiten kommt.” folgenden Passage einzufügen:

Zu Erreichung dieses Zieles sieht die Piratenpartei Brandenburg den Staat in der Pflicht

- flächendeckend einen freien Zugang zu Bildungseinrichtungen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren

Begründung: Es gehört zum Selbstverständnis der Piratenpartei Brandenburg, sich für den Abbau sozialer und formaler Hürden im gesamten Bildungssystem einzusetzen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und materiellen Voraussetzung in umfassender Art und Weise an Bildung teilhaben können. Allgemeine Kompetenzstandards zu definieren soll es Einrichtungen ermöglichen innerhalb eines Spielraums individuelle Schwerpunkte zu setzen. Evaluation ist wichtig damit Eltern, Lehrkräften, pol. Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit Informationen über Bildungseinrichtungen und ihre Programme zuteil werden können.

GP009 - Staat und Religion

Antragsteller: Christoph B. → Version: 05. Juli 2013; 02:12 Uhr

Antragstext:

Einleitung

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen die PIRATEN Brandenburg unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Die Piratenpartei Brandenburg erkennt und achtet die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

Säkularität und Neutralität

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist eine für die Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen.

Institutionen

Um dem Ziel des säkularen Staates näher zu kommen sollen finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, schrittweise abgebaut werden. Die Übertragung dieser Aufgaben an staatliche oder weltanschaulich neutrale Einrichtungen soll im Gegenzug gefördert werden.

Diskriminierung

Institutionen und soziale Einrichtungen in religiöser Trägerschaft müssen allen Menschen beispielsweise bei Bewerbung und Einstellung die gleichen Rechte einräumen wie Stellen in öffentlicher Hand.

Beiträge

Der staatliche Einzug von Kirchenbeiträgen soll abgeschafft werden.

Datensparsamkeit

Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben.

Begründung: Mit diesem Antrag wird eine deutlichere Trennung zwischen Staat und Religion gefordert. Laut Grundgesetz hat in Deutschland jeder das Recht auf freie Religionsausübung. Eine einseitige Förderung und Sonderrechte für bestimmte religiöse Gruppen beschneidet dieses Grundrecht. Die Vermittlung bspw. religiöser oder nicht-religiöser Werte ist Aufgabe der Eltern und nicht von staatlich geförderten Einrichtungen, wie Kitas oder Schulen. Für Einstellung und Entlassung sollen in Institutionen, welche mit staatlichen Aufgaben betraut sind (wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser etc.) die gleichen Kriterien gelten wie bei staatlichen Institutionen. So dürfen Bewerber_innen nicht aufgrund ihrer Religion, der Ausübung keiner Religion, ihrer sexuellen Orientierung, etc. ausgeschlossen werden. Angestellte dürfen nicht aufgrund einer Scheidung bzw. der Schließung einer neuen Ehe entlassen werden. Ebenso darf Angestellten nicht das Grundrecht verwehrt werden sich beispielsweise in Betriebsräten oder Gewerkschaften zur organisieren.

Weiteres

Die Teilanträge können einzeln abgestimmt werden.

GP010 - Wahlrecht ist ein Menschenrecht

Antragsteller: Mandy → Version: 05. Juli 2013; 21:16 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Text im Landesprogramm im Kapitel "Demokratie und Wahlrecht" als neuen Titel "Wahlrecht ist Menschenrecht" einzufügen. Wahlrecht ist Menschenrecht Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, ist nicht irgendein Recht. In einem demokratischen Gemeinwesen ist das Wahlrecht das politische Grundrecht schlechthin. Umso gravierender ist es dann, wenn viele Menschen von dem Gebrauch des Wahlrechts - und somit auch vom politischen Willensprozess - ausgeschlossen werden. Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Die PIRATEN Brandenburg sehen die umfassende, selbstbestimmte politische Partizipation als Ziel und verlangen daher, Wahlen inklusiv auszugestalten, für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen und hierbei jegliche Diskriminierung zu vermeiden. Politische Teilhabe und Mitwirkung an Demokratie darf nicht vom Geschlecht, der Abstammung, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauung, des Alters oder einer Behinderung abhängig sein.

Begründung: In einer parlamentarischen Demokratie werden politische Entscheidungen von Abgeordneten getroffen, die von Wahlberechtigten gewählt werden, deren Interessen sie vertreten sollen. Aber die Interessen der nichtwahlberechtigten Menschen werden oftmals erkennbar vernachlässigt, obwohl die Abgeordneten eigentlich Vertreter der gesamten Bevölkerung sein sollten. Denn Politik wird hauptsächlich für die gemacht, die wählen dürfen. Ausgeschlossen vom aktiven und passiven Wahlrecht sind Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist oder die nach einer Straftat wegen Gemeingefährlichkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Wer wegen eines Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, verliert automatisch sein passives Wahlrecht für fünf Jahre. Darüber hinaus kann ein Gericht das aktive und passive Wahlrecht für zwei bis fünf Jahre unter bestimmten Voraussetzungen bei politischen Straftaten entziehen. Quelle: <http://www.wahlrecht.de/lexikon/ausschluss.html>

Inklusion

Menschen mit Behinderungen sollen bei Wahlen gleichberechtigt sein. Diese immer noch nicht selbstverständliche Forderung wurde durch die 2006 verabschiedete UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) dauerhaft ins Bewusstsein gerückt. Auch Menschen mit Behinderungen haben das uneingeschränkte Recht, gleichberechtigt mit anderen zu wählen und gewählt zu werden. Diskriminierungen gleich welcher Art, ob direkt oder indirekt, sind nach der BRK ausdrücklich untersagt. Mit ihrer Konkretisierung der anerkannten wahlrechtlichen Grundsätze und ihrem Fokus auf unterstützte Selbstbestimmung, Inklusion und Partizipation behinderter Menschen beeinflusst die BRK das Verständnis anderer internationaler Menschenrechtsübereinkommen und des Grundgesetzes gleichermaßen. Sie zwingt dazu, existierende Rechtsauslegungen zu überdenken und überkommene Beschränkungen aufzuheben. In Bezug auf Deutschland werden aus dieser Perspektive zwei Problemfelder erkennbar: erstens die Gewährleistung einer barrierefreien Ausübung des Wahlrechts und zweitens die gesetzliche Anerkennung des Wahlrechts aller Menschen mit Behinderungen.

Quelle: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_18_gleiches_wahlrecht_fuer_alle.pdf

Integration

Integration kann nur über politische Beteiligung gelingen. Wer sich in Deutschland zuhause fühlen soll, muss bei politischen Entscheidungen vor Ort mitbestimmen können. Während Bürger von EU-Staaten das kommunale Wahlrecht in Deutschland haben, sind Bürger anderer Staaten wie z.B. der Türkei von der politischen Teilhabe in ihrer Gemeinde vollkommen

ausgeschlossen. In Deutschland, Frankreich und Österreich, jenen Staaten mit dem höchsten Anteil von Ausländern an der gesamten Wohnbevölkerung, bleibt den Migranten das kommunale Wahlrecht mit dem Hinweis auf die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft bis auf weiteres verwehrt.

Quelle: <http://nrw.mehr-demokratie.de/argumente-auslaenderwahlrecht.html>

GP011 - Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

Antragsteller: Mandy → Version: 05. Juli 2013; 21:33 Uhr

Antragstext: Es wird beantragt, im Landesprogramm an geeigneter Stelle Folgendes zum Themenfeld Gesundheitspolitik einzufügen:

Die Piratenpartei regt eine grundsätzliche Zulassung aller Menschen zur Blutspende an. Hierzu zählen wir insbesondere bislang ausgegrenzte Gruppen wie MSM (Männer, die Sex mit Männern haben), weibliche und männliche Sexarbeiter sowie Drogenkonsumenten, die Drogen intravenös (I.v.) anwenden oder schnupfen.

Unzweifelhaft gilt: Die Qualität von Blutprodukten muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von einzelnen Menschen von der Blutspende. Sie dürfen, bei Risikoverhalten, zum Schutz anderer Menschen, von der Blutspende ausgeschlossen werden. Hierfür ausschlaggebend soll jedoch das individuell tatsächlich vorliegende Risikoverhalten und nicht ein hergeleitetes Gruppenverhalten sein.

Für die Piratenpartei gilt, dass die Blutspenderauswahlkriterien risikobezogen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und anderen, die persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. [1] . Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien [2] Zuständigen, die Bundesärztekammer in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut, werden deshalb von der Piratenpartei aufgefordert zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende zu gewährleisten ist.

Begründung: Zurzeit ist es in der Bundesrepublik Männern, die Sex mit Männern haben (MSM), Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen sowie Drogenkonsumenten, die Drogen i.v. anwenden oder schnupfen, nicht gestattet Blut zu spenden. Die Bundesärztekammer schließt wie eingangs dargestellt, grundsätzlich MSM, neben anderen, als Gruppe, mit der stigmatisierenden Begründung, sie seien eine generelle Risikogruppe vom Blutspenden aus. Dieses Blutspendeverbot verfällt niemals, sondern gilt ein Leben lang - selbst bei nur einem einzigen sexuellen Kontakt eines Mannes mit einem anderen Mann im gesamten Leben, der Jahre zurück liegt, Abstinenz oder Monogamie. Diese Regelung ignoriert vollkommen, dass es MSM gibt, die Safer Sex praktizieren oder jahrelang in einer monogamen Beziehung leben und von denen de facto kein höheres Risiko als von anderen Spendern ausgeht. Damit pauschalisiert die Bundesärztekammer alle MSM zu einer Risikogruppe. Diese Regelung ignoriert vollkommen, dass es heterosexuell lebende Menschen gibt, die permanent Un-Safes Sex praktizieren. Diese Männer werden grundsätzlich nur für 4 Monate nach dem letzten unsafes Sex von der Blutspende ausgeschlossen.[3] Aufgrund moderner Testverfahren besteht längst nicht mehr das frühere Infektionsrisiko.[4] Heute kann das Erbgut des Virus direkt nachgewiesen werden und so jede Spende mit Hilfe eines Schnelltests auf HIV getestet werden. Dadurch lässt sich eine HIV-Infektion früher und sicherer erkennen.[5]

Ein anderer Widerspruch ergibt sich dann auch aus dem grundsätzlichen Ausschluss von MSM bei der Knochenmarkspende. Gerade bei der Knochenmarkspende kommt es auf jeden potentiellen Spender an. Hier kann nicht auf eine Alternative zurückgegriffen werden. Außerdem wird vom Roten Kreuz sowie von einzelnen Krankenhäusern immer wieder die Knappheit an Blutspendern bemängelt. Eine ganze Gruppe davon auszuschließen wirkt diesem Problem nicht entgegen, sondern wie Hohn! Andere Länder haben das MSM-Verbot beim Blutspenden längst abgeschafft. Spanien, Portugal, Russland und Italien erlauben beispielsweise die MSM-Blutspende. [7]

Ein genereller, lebenslanger, Ausschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen von der Blutspende verstößt nach unserer festen Überzeugung gegen das Diskriminierungsverbot. Die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen bei der Blutspende sind mehr als ausreichend. Jeder Spender muss genaue Angaben über sein Krankheits- und Risikoverhalten abgeben sowie eine Erklärung bezüglich der Eignung des Blutes für andere Menschen. Damit steht es jedem frei zu entscheiden, ob sein Blut für andere Menschen geeignet ist. Weiterhin ermöglicht es der HIV-Schnelltest den eventuell vorhandenen Virus zu erkennen.[6] Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

Quellen:

1 Siehe Kommentar zum bundeseinheitlichen Spenderfragebogen- Stand 04.02.2011, Seite 7

2 Genau: "Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten ("Hämotherapie)" der Bundesärztekammer

3 Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen gemäß §§ 12a u. 18 Transfusionsgesetz von der Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut, Fassung vom 16.04.2010, <http://www.bundesaeztekammer.de> (Stand aller Links: 12.04.2012).

4 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, <http://www.bundesaeztekammer.de>, 7 f.

5 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, <http://www.bundesaeztekammer.de>, 10 f.

6 Drucksache 17/3568 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf>, S. 5 f.

7 Drucksache 17/3568 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf>, S. 1 f.

GP012 - Gegen Körperverletzung von Minderjährigen

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 22:06 Uhr

Antragstext: Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, insbesondere bei Minderjährigen, ist klar als vorrangig gegenüber anderen Grundrechten hervorzuheben. Weder das Grundrecht auf Religionsfreiheit noch das Erziehungsrecht der Eltern darf das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Minderjährigen einschränken. Insofern sind insbesondere rituelle Handlungen, welche zum Verlust der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen führen, abzulehnen.

Begründung: Insbesondere die rituelle Körperverletzung von Minderjährigen ist ein eklatanter Verstoss gegen die Menschenrechte, die UN-Kinderrechtskonvention und gegen Art.2 des Grundgesetzes. Sie ist ein Relikt des Mittelalters bzw. der Bronzezeit. Gewalt gegen Kinder bedeutet ein Versagen in unserer modernen Gesellschaft - sie rechtlich zu billigen, ist ein gesellschaftlicher Rückschritt. Daher sollten wir uns als Piraten hier klar für den Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen aussprechen.

Dieser Antrag wurde mit anderer Begründung bereits zum LPT 2012.2 eingereicht.

GP013 - Staatsbürgerschaft ab Geburt

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 23:33 Uhr

Antragstext: Die PIRATEN Brandenburg werden sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Chancen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wesentlich zu erleichtern. Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren werden, erhalten gesichert die deutsche Staatsangehörigkeit.

Begründung: Der Antrag wurde bereits als Positionspapier X005 (auch [Positionspapier/30](#)) angenommen und ist Bestandteil des Wahlprogramms der Piratenpartei. Dennoch ist ein klares Bekenntnis als Teil unseres Grundsatzprogrammes notwendig.

Eine Begründung des Antrages kann bei Bedarf in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

GP014 - Asylrecht ändern

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 22:24 Uhr

Antragstext: Artikel 16a Grundgesetz ist zu ändern. Absatz 2-5 wird ersatzlos gestrichen.

Begründung: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" formulierte der Parlamentarische Rat kurz und prägnant. Er zog die Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus, in der viele Deutsche auf Asyl angewiesen waren.

Wir haben bereits ähnliche Formulierungen in das Wahlprogramm der Piratenpartei aufgenommen. Daher gehört diese Grundposition auch in unser Grundsatzprogramm.

Weitere Erläuterung erfolgen auf dem Landesparteitag.

GP015 - Datenschutz wahren

Antragsteller: → Version: 05. Juli 2013; 22:50 Uhr

Antragstext:

Der Schutz der Daten aller Bürger ist oberstes Gebot. Die Piraten Brandenburg stehen für den gläsernen Staat, aber nicht für den gläsernen Bürger. Insbesondere stehen die Piraten Brandenburg nicht für den gläsernen Piraten. Pseudonyme und Schutzadressen sind ausdrücklich zuzulassen.

Begründung:

Der Begehrlichkeiten, persönliche Daten zu erlangen sind vielfältig. Die Satzung Piratenpartei Deutschland verzichtet daher auf die Erfassung von:

Realname

Geburtsdatum

Geschlecht

Meldeadresse

Schutzadressen und Pseudonyme sind ohne Wenn und Aber anzuerkennen. Die möglicherweise notwendige Kenntnis verifizierbarer Daten ist auf die Personen zu beschränken, die der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen (§ 203 StGB). Es kommt ausschließlich darauf an, dass Identitäten nicht mehrfach verwendet werden können. Dies ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

Die Rechte des Mitglieds, seine Daten freiwillig zur Verfügung zu stellen, bleiben davon unberührt.

Teil III.

Wahlprogramm

WP001 - Bekenntnis zum Templiner Manifest

Antragsteller: Mtaege → Version: 26. Juni 2013; 18:59 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt unter “Wissenschaft und Forschung” in das Wahlprogramm aufnehmen:

Bekenntnis zum Templiner Manifest

Die Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Universitäten insbesondere bzgl. Planbarkeit sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich verbessert werden. Daher unterstützt die Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg das Templiner Manifest.

Begründung:

Arbeiten und z.B. Promovieren an den Deutschen Universitäten ist zur Zeit mit sehr schwierigen und unsicheren Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen verbunden. Dies schwächt die Forschung und Lehre und lässt viele junge Wissenschaftler einen anderen Weg einschlagen, in die Privatwirtschaft oder auch ins Ausland.

Das Templiner Manifest wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ausgearbeitet und wird im Folgenden ungekürzt wiedergegeben:

Templiner Manifest

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind mit wachsenden Anforderungen konfrontiert: durch steigende Studierendenzahlen, durch die Reform der Studiengänge, eine autonome Steuerung der Einrichtungen und die zunehmende Bedeutung der Drittmittelerwerbung. Diesen Anforderungen müssen sich die Beschäftigten in der Wissenschaft stellen, ohne dass sie aufgabengerechte Bedingungen vorfinden. Befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung betreffen immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden selbstständige Forschung und Lehre und verlässliche berufliche Perspektiven verwehrt.

Doch gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille. Wir fordern daher Bund, Länder und Hochschulen zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung auf, die sich an den folgenden zehn Eckpunkten orientiert.

1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren

Wir verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Für Doktorandinnen und Doktoranden fordern wir daher ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. Fächerübergreifende Graduiertenzentren sollen alle Promovierende bei der Aufnahme, Durchführung und dem erfolgreichen Abschluss des Promotionsvorhabens unterstützen. Wir treten für mehr Transparenz und soziale Gerechtigkeit beim Zugang zur Promotion ein – auch für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen.

2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben

Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und –entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Hochschullehrerlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit.

3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen

Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. Nur so lassen sich die Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement mit der erforderlichen Kontinuität und Qualität erfüllen. Und nur dann eröffnen sich qualifizierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berufliche Perspektiven auch neben der Professur.

4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss Schluss sein! Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und

Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Soweit zur Ergänzung des Lehrangebots Lehraufträge sinnvoll sind, müssen Mindeststandards im Hinblick auf Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoption gelten.

5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben

Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance. Das setzt eine familiengerechte Gestaltung von Hochschule und Forschung voraus. Dabei gehen wir von einem breiten Familienverständnis aus, das alle Lebensgemeinschaften einschließt, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir fordern bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten mit betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen und die Realisierung entsprechender Arbeitszeitmodelle.

6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen

Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. Die Qualität der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss danach beurteilt werden, mit welchem Erfolg sie den Gleichstellungsauftrag erfüllen. Wir fordern eine verbindliche und mit Sanktionen verknüpfte Quotierung, auch bei der Besetzung von Professuren und Leitungsfunktionen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen wirksame Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte.

7. Gleichberechtigt mitbestimmen

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen demokratisiert, die Selbstverwaltung muss gestärkt werden. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen unabhängig vom Status in Hochschulgremien beziehungsweise Aufsichtsgremien der Forschungseinrichtungen auf Augenhöhe gleichberechtigt mitbestimmen können. Das gilt auch für neue Organisationsformen wie Graduiertenschulen oder Exzellenz-Cluster. Wir fordern eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der Personalvertretungsgesetze bzw. des Betriebsverfassungsrechts auf alle Beschäftigten sowie einen Ausbau der Rechte der von ihnen gewählten Personalvertretungen und Betriebsräte – auch als Konsequenz der größeren Autonomie der Einrichtungen in Wirtschafts- und Personalangelegenheiten

8. Mobilität fördern, nicht bestrafen

Wir treten für Bedingungen in der Wissenschaft ein, die Mobilität ermöglichen: zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum sowie zwischen Wissenschaft und Praxis. Altersversorgungs- und Sozialversicherungsansprüche müssen uneingeschränkt erhalten, Erfahrungszeiten bei anderen Einrichtungen und Qualifikationen anerkannt werden. Gleichzeitig gilt: Auch wer nicht mobil sein will oder kann, muss eine faire Chance in der Wissenschaft haben.

9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen

Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. Dazu brauchen wir mehr Studienplätze, ein besseres Betreuungsverhältnis und eine intensivere Forschung, um den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie studentische Beschäftigte haben Anspruch auf tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung. Wir treten für wissenschaftsspezifische Regelungen ein, die den besonderen Anforderungen des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung Rechnung tragen. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung der Tarifsperr im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

Quellen <http://www.studis-online.de/Karriere/art-1100-templiner-manifest.php> http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html

WP002 - Open Access und Open Data in der Forschung

Antragsteller: Mtaege → Version: 27. Juni 2013; 07:27 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt unter “Wissenschaft und Forschung” in das Wahlprogramm aufnehmen:

Die PIRATEN Brandenburg sehen in Open Data und Open Access wichtige Bausteine der Forschung. Diese gilt es zu fördern und auszubauen. Sie bieten eine gute und schnelle Möglichkeit der Innovation und des kooperativen Arbeitens.

Begründung:

Es gibt wichtige Forschungsgebiete von grundlegender Bedeutung für die Menschen, in denen wir uns nicht allein auf die kommerzielle Forschung verlassen können und in denen sich die PIRATEN Brandenburg für staatliche Förderung einsetzen. Die Ergebnisse dieser Forschung müssen nach den Prinzipien von Open Access und Open Data veröffentlicht werden.

Ein Beispiel von Dringlichkeit für eine solche Forschung ist die Antibiotikaforschung, um neue wirksame Mittel gegen die sich immer weiter verbreitenden multiresistenten Keime zu finden, die mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr wirksam bekämpft werden können.

WP003 - Anschaffung der Infrastruktur für 3D-Druck in Schulen

Antragsteller: Mtaege → Version: 28. April 2013; 15:57 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen diesen Antrag an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufzunehmen.

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich für eine Anschaffung der Infrastruktur für den 3D-Druck in Brandenburgs Schulen ein.

Begründung:

Der 3D-Druck ist eine Technologie, welche in naher Zukunft deutlich an Bedeutung gewinnen wird. So ist es bereits heute mit einfachen 3D-Druckern möglich z.B. kleine Gegenstände für den alltäglichen Gebrauch oder auch Spielzeuge zu drucken, welche vorher in 3D-Programmen ?design? oder über Vorlagen erstellt wurden. Schülerinnen und Schüler erwerben durch die Bereitstellung eines 3D-Druckers an Schulen Fähigkeiten im Umgang mit Computern und der 3D-Druck-Technologie und können das Resultat ihrer Arbeit am Ende in ihren Händen halten. Bausätze für 3D-Drucker sind inzwischen für um 1000 € erhältlich.

<http://www.konstruktionswerk.de/rapman-32-3d-drucker-bausatz.html>

http://www.factory.de/printer_de/fallstudien/ausbildung/ontario-high-school.html

<http://3druck.com/tags/schulen-3d-drucker/>

<http://www.konstruktionspraxis.vogel.de/3d-drucker/>

<http://3druck.com/kategorie/forschung/>

WP004 - Zensurfreie Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten

Antragsteller: Mtaege → Version: 29. April 2013; 11:07 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Programmpunkt unter "Wissenschaft und Forschung" in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Zensurfreie Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten der öffentlichen Hand ohne nachträgliche Änderungen zu gewährleisten.

Begründung:

Wie im Vertrag zwischen Bund und Länder aus dem Jahr 2005 festgelegt dürfen beratende Wissenschaftler zwar Probleme in ihren Studien und Berichten für die öffentliche Hand aufzeigen, aber keine Empfehlungen abgeben. So kommt es dazu, dass wie 2003 in Baden-Württemberg ganze Passagen und Warnungen vor einer akademischen Fachkräftelücke wieder aus einem ersten Länderbildungsbericht gestrichen wurden. Es ist die Aufgabe der Wissenschaft zu beraten. Diese muss jedoch unabhängig und ohne Angst vor Zensur arbeiten können. Empfehlungen der Wissenschaft sind Teil ihrer beratenden Tätigkeit, denn die Politik darf nicht die alleinige Deutungshoheit haben. Politik sollte sich inhaltlich rechtfertigen, wenn sie entgegen wissenschaftlichen Rat handelt, anstatt unliebsame Passagen aus Berichten und Studien zu streichen.

Ein Beispiel für solche Änderungsmaßnahmen ist der Länderbericht zur Bildungssituation in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2003, in dem ganze Abschnitte und Warnungen vor einem akademischen Fachkräftemangel wieder aus einem ersten Länderbildungsbericht gestrichen wurden. Ein anderes Beispiel ist ein 2005 geschlossener Vertrag zwischen Bund und Ländern über den alle zwei Jahre erscheinenden Bildungsbericht, in dem die beratenden Wissenschaftler zwar Probleme benennen, aber keine Empfehlungen aufzeigen dürfen. Auch der im Jahr 2012 von der Bundesregierung herausgegebene Armutsbericht wurde um einige kritische Passagen gekürzt bzw. verändert.

WP005 - Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren

Antragsteller: Mtaege → Version: 29. April 2013; 12:21 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag in das Wahlprogramm unter "Arbeit und Soziales" aufzunehmen:

Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren Die Piratenpartei unterstützt und fordert die Erprobung und Evaluation (Bewertung) von anonymisierten Bewerbungsverfahren. Ziel ist es, die Chancengleichheit von Bewerbern zu fördern, Diskriminierung im Bewerbungsprozess zu verhindern und dem sich verschärfenden Fachkräftemangel durch den Abbau von psychologischen Hürden für Bewerber zu begegnen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren können in Form von anonymisierten Online-Bewerbungsbögen, einheitlichen, anonymisierten Bewerbungsformularen oder nachträglich anonymisierten, herkömmlichen Bewerbungsunterlagen umgesetzt werden. Dabei werden in der ersten Bewerbungsphase keine persönlichen Daten wie Name, Adresse, Geschlecht, Alter, Familienstand und Herkunft angegeben bzw. auf ein Foto verzichtet. Die PIRATEN fördern die Aufklärung und Umsetzung von anonymisierten Bewerbungsverfahren sowohl im öffentlichen Dienst, als auch in privatwirtschaftlich geführten Unternehmen. So profitieren auch die Arbeitgeber davon, ihren Bewerbern ein diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren zu garantieren.

Begründung:

Aktuelle Studien belegen, dass gerade zu Beginn des Bewerbungsverfahrens eine große Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Benachteiligung spezifischer Gruppen besteht. Insbesondere Frauen (vor allem solche mit Kindern), ältere Menschen und Bürger mit Migrationshintergrund haben bei der zu Beginn eines Bewerbungsverfahrens durchgeführten Prüfung der eingereichten Unterlagen verminderte Chancen, ebenfalls zu einem Vorstellungsgespräch oder Eignungstest eingeladen zu werden. Gemäß Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dürfen Bewerber nicht wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden. Die derzeit etablierten Verfahren zur Bewerberauswahl bieten keine inhärente Gewähr für die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Vorschriften des AGG. Vielmehr ist festzustellen, dass die Auswahlmethoden und -kriterien in einer Vielzahl von Fällen für die Bewerber selbst intransparent und nicht objektiv nachvollziehbar sind.

Das anonymisierte Bewerbungsverfahren wurde in einem einjährigen Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (www.antidiskriminierungsstelle.de) im Rahmen von über 8.500 realen Bewerbungsfällen getestet. Das Fazit fiel sowohl für die Bewerber_innen als auch für die Unternehmen positiv aus (vgl. Abschlussbericht des Pilotprojekts "Anonymisierte Bewerbungsverfahren" vom März 2012). Das Fehlen personenbezogener Daten in den Bewerbungen lenkte den Fokus nach Aussagen der Personalabteilungen stärker auf die Qualifikation, vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund konnten diesbezüglich deutlich profitieren. Mehrjährige positive Erfahrungen verzeichnen auch Länder wie die USA, Frankreich, Belgien, Schweden und die Schweiz, wo das Verfahren zum Teil schon Standard bei Bewerbungen ist (vgl. Krause, A. et al. 2010: Anonymisierte Bewerbungsverfahren. IZA-Research-Report No. 27). Weitere Initiativen bei den Piraten: Initiative i120: Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren (LSA, von Torsten Tominski) - Ja: 17 (94%) · Enthaltung: 2 · Nein: 1 (6%) · Angenommen i1659: Anonymisierte Bewerbung (Berlin) - Ja: 157 (94%) · Enthaltung: 15 · Nein: 10 (6%) · Angenommen i5063: Anonymisierte Bewerbung in der Piratenpartei und ihren Fraktionen (Bund) - noch nicht abgeschlossen Links, Quellen und Studien IZA-Report 2012 Kaas & Manger (2011): Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market Müller (2007): Diskriminierung bei der Personalauswahl Anonyme Bewerbungsverfahren - das Pilotprojekt Leitfaden für Arbeitgeber - Anonyme Bewerbungsverfahren SZ: Anonyme Bewerbungen - Inkognito zum neuen Job SpOn: Studie über anonyme Bewerbungen - Eine Chance für alle SpOn: Anonyme Bewerbung - "Bitte schicken Sie keine Zeugnisse" Pro & Contra Anonymbewerbung

WP006 - Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 13:44 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine nachhaltige Infrastrukturpolitik unter strikter Einbeziehung des Bürgerwillens ein. Diese orientiert sich an der demographischen Entwicklung im Land Brandenburg und an den zu erwartenden Veränderungen, die mit dem Ende der billigen Ölversorgung (Peak Oil) und der Verknappung anderer Rohstoffe einhergehen, sowie an den Erfordernissen, die sich aus dem Klimawandel, der Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und einer tragfähigen Wirtschafts- und Finanzpolitik ergeben.

Erläuterung

Dieser Antrag bildet den Rahmen für folgende Module zur Infrastrukturpolitik. Er bricht die allgemeinen piratischen Ziele auf diesen Bereich herunter unter steckt den Rahmen fest. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung: keine

WP007 - Beibehaltung und Instandsetzung der Schienen-Infrastruktur

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 13:49 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg erwarten, daß der motorisierte Individualverkehr mit fossilen Brennstoffen in wenigen Jahren für breite Bevölkerungsschichten immer weniger verfügbar sein wird. Die PIRATEN Brandenburg fordern eine Beibehaltung und Instandsetzung der derzeit bestehenden Infrastruktur für den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr (Bahnen und Straßenbahnen sowie Bahnhöfe/Haltpunkte/Haltestellen) als Rückgrat für eine zukünftig wieder wachsende Bedeutung des ÖPNV.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Der Schienenverkehr und die begleitenden Bauten, z.B. Haltpunkte, werden in Städten (z.B. Cottbus) und landesweit unter reinen Effizienzgesichtspunkten teilweise rückgebaut, oder es gibt entsprechende Beschlüsse dazu. Mit einem solchen Rückgang beraubt man sich effektiv der Möglichkeiten einer späteren Nutzen - eine Wiedererrichtung ist unwahrscheinlich und wesentlich kostenintensiver als die Beibehaltung trotz zeitweise schwacher Nutzung. Einerseits liegt diese schwache Nutzung in einem nicht optimalen Angebot und schlechter Vernetzung; dies läßt sich ändern und sollte geändert werden. Andererseits ist sie häufig zu kurzfristig orientiert und zu sehr am jetzigen Zustand orientiert. Es ist zu erwarten, daß der ÖPNV allein aus den Erfordernissen erschwerter Individualmobilität aufgrund von verschlechterter fossiler Rohstoffversorgung zukünftig wieder wesentlich wichtiger sein wird, um eine allgemeine Mobilität zu gewährleisten. Mit der Aufgabe der Schienen-Infrastruktur gibt man daher wesentliche Entwicklungschancen aus der Hand.

WP008 - Schienen-Infrastruktur in öffentlicher Hand, konkurrierende Nutzung

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 13:52 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für den Verbleib der Schienennetze, Bahnhöfe und Haltpunkte in öffentlichem Eigentum ein. Für eine faire Konkurrenz sind unterschiedliche Betreiber von ÖPNV-Dienstleistungen nach öffentlichen Vorgaben und Richtlinien mit einzubeziehen.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Schienennetze und die dazugehörigen Bauten sind typische nicht sinnvoll in Konkurrenz vermehrbare Allgemeingüter, zu denen jedermann zu fairen und angemessenen Bedingungen gleichermaßen Zugang haben muß. Dies kann nur durch die öffentliche Hand gewährleistet werden. Ein konkurrierender Betrieb von Transportangeboten auf den Schienen läßt aufgrund des Wettbewerbsdrucks bessere Ergebnisse erwarten als der Betrieb nur durch einen Monopolisten, der nicht unter Erfolgsdruck steht. Ein Wildwuchs und völlige Beliebigkeit/mangelnde Koordination ist durch angemessene Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

WP009 - Förderung des Fahrradverkehrs

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 13:55 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg sehen im Fahrradverkehr, auch mit elektrischer Unterstützung (Pedelecs), eine für weite Bevölkerungsteile gut nutzbare Alternative zum motorisierten Individualverkehr auf Kurz- und Mittelstrecken. Die Fahrrad-Infrastruktur ist zur Steigerung des Anteils des Fahrradverkehrs durch geeignete bauliche und organisatorische Maßnahmen sowie planerische Kompetenz deutlich zu erhöhen. In den Städten bedeutet dies vor allem die Beseitigung von Hindernissen und teilweise Vorrangführung des Radverkehrs (Kreuzungsbereich, Fahrradstreifen, Öffnung von Einbahnstraßen), auf dem Lande sind vor allem Ortsdurchfahrten fahrradfreundlich zu gestalten und die Attraktivität und Sicherheit außerörtlicher

Verbindungswege für den Radverkehr zu erhöhen. Radwege müssen einer tatsächlichen Verbesserung der Mobilität und Sicherheit von Radfahrern dienen und sind als kostenaufwendige Maßnahmen gegen effizientere Fördermaßnahmen abzuwägen. Bei allen größeren Maßnahmen sollen fachkundige Alltagsradler herangezogen werden und das tatsächliche Verhalten von Radfahrern berücksichtigt werden.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Die Förderung des Fahrradverkehrs wird zwar verbal quer durch alle Parteien unterstützt; die Ergebnisse sind jedoch häufig alles andere als radfahrerfreundlich. Dies ist zum einen in der mangelnden finanziellen Budgetierung, um anderen jedoch in ungeeigneten, auto-zentrierten Regelwerken und entsprechend ausgebildeten und -gerichteten Planungs- und Verwaltungspersonal begründet. Das Ergebnis sind dann häufig Anlagen, die den Interessen von Radlern nicht entsprechen (unsichere Wegeführung, häufig in Kollision mit Fußgängern, gefährliche Kreuzungsbereiche, Wege ungeeignet für höhere oder kontinuierliche Geschwindigkeiten, schlechte Wartung, systematische Benachteiligung durch Ampelschaltungen, etc.), und die die latente Tendenz von Radfahrern zum Ignorieren der StVO verstärken. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine Fokussierung auf die Bedürfnisse von Radfahrern ein; dies bedeutet auch das Hinzuziehen von Alltagsradlern möglichst weit in Planungsprozesse hinein.

WP010 - Verknüpfung ÖPNV mit Rad- und Autoverkehr

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 13:58 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die Verknüpfung des öffentlichen Personenahverkehrs mit dem Radverkehr ist insbesondere in den ländlichen Regionen bedarfsgerecht deutlich zu verbessern oder zu optimieren. Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Errichtung sicherer Abstellplätze für Fahrräder an Bahnhöfen und Haltestellen sowie für die regelmäßige und planbare Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern in Bahnen und Bussen ein.

Zudem ist an Bahnhöfen und Haltestellen ein hinreichend attraktives und ausreichendes Parkplatzangebot für PKW-Pendler vorzuhalten.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Auf dem Lande mit den dort vorhandenen größeren Entfernungen scheidet die Nutzung des Rades häufig daran, daß das Rad entweder unsicher aufbewahrt werden muß oder sinnvollerweise vor und nach der Nutzung von Bus oder Bahn zur Verfügung stehen sollte. Dem ist abzuhelpen durch sichere Unterbringungsmöglichkeiten an den Bahnhöfen/Haltestellen und durch die regelmäßige und planbare Möglichkeit, Fahrräder mitzunehmen. Die Unterbringungssicherheit bezieht sich einerseits auf einen Witterungsschutz, wesentlich stärker aber auf einen Vandalismusschutz durch die Bereitstellung von ausreichenden und gewarteten Rahmen-Anschleißmöglichkeiten. Die Fahrradmitnahme ist derzeit im Nahverkehr bei der Bahn meist möglich, stößt aber häufig an Kapazitätsgrenzen mit entsprechender Beeinträchtigung anderer Passagiere. In Bussen oder Straßenbahnen ist die Fahrrad-Mitnahme nur ausnahmsweise, beispielsweise durch Anhänger, möglich. Eine flexiblere Anpassung an die (meist gut vorhersehbaren) Notwendigkeiten ist realisierbar.

Auch für die Nutzer von Kfz ist das planbare gute Abstellen des Fahrzeugs am Bahnhof oder der Haltestelle eine Notwendigkeit zur Nutzung des ÖPNV. Um ihnen ein ausreichendes Parkplatzangebot zu verschaffen, sind organisatorische Maßnahmen, z.B. kombinierte Park-and-Ride-Tickets anzuwenden.

WP011 - Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:00 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Der derzeitige ÖPNV und seine unflexiblen Fahrpläne entsprechen insbesondere im ländlichen Raum zunehmend weniger den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die PIRATEN Brandenburg unterstützen die Erforschung und den vorerst probeweisen, später regelmäßigen Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle. Hierzu gehört zudem die flexible Nutzung kleinerer Fahrzeuge, wie Rufbusse oder Taxis. Zusätzlich sollen Möglichkeiten untersucht werden, ob und wie private PKW-Fahrer auf freiwilliger

Basis als Leistungserbringer einbezogen werden können. Diese Modelle sind durch Forschungsvorhaben zu begleiten und sollen verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Der typische Stoßbedarf für ÖPNV findet vor allem noch für die Schulen statt, ansonsten sind Busse und Bahnen häufig überdimensioniert. Die herkömmliche Reaktion der Politik ist die Reduktion des Angebotes, was zusätzlich den verbliebenen ÖPNV unattraktiver macht. An dieser Stelle ist es sinnvoller, statt einer Einschränkung eine Alternative und möglichst eine Verbesserung des Angebotes zu erreichen. Dazu werden andere, möglichst flexible und bedarfsgerechte, technische und organisatorische Werkzeuge benötigt. Diese, unter möglichst sinnvoller Nutzung des Internets, unter wissenschaftlicher Begleitung zu erproben und einzuführen ist eine Möglichkeit, dem Niedergang des ÖPNV entgegenzuwirken.

Eine Hinzuziehung von privaten PKW-Fahrern mit ihren Soda-Fahrzeugen (sind sowieso da), bietet sich dabei an. Es müssen dabei Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es für sie attraktiv macht, fremde Passagiere mitzumachen. Um in der Erprobungsphase das vorzeitige Scheitern aufgrund allfälliger Probleme zu vermeiden, ist eine ausreichende organisatorische und wissenschaftliche Begleitung notwendig.

WP012 - Übergangstechnologie für den Fahrzeugantrieb

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:04 Uhr

Antragstext: Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Elektroantriebe als Ersatz für mit Erdölderivaten betriebene Motoren werden von den Piraten Brandenburg als eine Möglichkeit angesehen, Kraftfahrzeuge auch nach einem Rückgang der Verfügbarkeit von Erdöl als Kraftstoff zu betreiben. Energetisch und ökologisch sinnvoller ist jedoch derzeit der Einsatz von Gas als Treibstoff, zumal künstlich erzeugtes Methan auch bei einer möglichen Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zur Energiespeicherung genutzt werden dürfte. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich deshalb für die Förderung von Hybridtechnologien (Erdgas (CNG)/Benzin bzw. Autogas (LPG)/Benzin) als Übergangstechnologie und die Verbesserung der Versorgungsmöglichkeiten ein.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden.

Begründung:

Derzeit wird von der Politik versucht, Elektrofahrzeuge in den Markt zu drücken. Strom hat aber nur dann Vorteile, wenn er nicht anderweitig genutzt werden kann; ihn aufwendig zu speichern und in schweren Batterien zu transportieren ist ökonomisch und ökologisch aufwendig. Hier bieten Erdgas (Compressed Natural Gas) und Autogas (LPG, Liquefied Petroleum Gas, ein Nebenprodukt der Erdgas- und Erdölförderung) derzeit günstigere Alternativen zur Erdölsubstitution. Insbesondere eröffnet man mit der Förderung der Entwicklung von Erdgasmotoren die Möglichkeit, in Zukunft wahrscheinlich in großen Mengen künstlich anfallendes Methan, das zur Speicherung von Überschußstrom von erneuerbaren Energien anfallen wird, zum Fahrzeugantrieb zu verwenden. Ob sich dann alternativ direkt in Batterien oder als Wasserstoff gespeicherter Strom als Alternative durchsetzen werden, bleibt offen. Die Förderung von Gasmotoren insbesondere im Hybridbetrieb mit Benzin, werden ausdrücklich als Übergangstechnologie zur Verminderung der Abhängigkeit von Erdöl bei möglichst geringen ökonomischen und ökologischen Kosten angesehen.

WP013 - Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:15 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine teilweise Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden durch verstärkte Nutzung des Internets ein. Sie befürworten eine regelmäßige Bedienung von Gemeindeteilen durch Amtsbusse, in denen ein möglichst weites Spektrum von Amtsgeschäften erledigt werden kann (rollendes Bürgerbüro), bei denen physische Präsenz des Bürgers notwendig ist.

Begründung:

Dieser Antrag soll es auch bei einer zunehmenden Einwohnerverlust, flächenmäßig größeren Gemeinden und höherem Altersdurchschnitt der Bevölkerung ermöglichen, Amtsgeschäfte zu erledigen. Zudem greift der Antrag den Gedanken auf, daß zusammenhängende Angelegenheiten durch eine einzige amtliche Anlaufstelle, die der Bürger aufsuchen muß, erledigt werden sollen.

WP014 - Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:12 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts ein mit der Möglichkeit zur Ausnahmebeschilderung mit höherer Geschwindigkeit. Da diese Regelung bundeseinheitlich umzusetzen ist, soll sich die Landesregierung Brandenburg hierfür einsetzen.

Erläuterung

Dieser Antrag ist ein Teilmodul zur Infrastrukturpolitik, die auf dem Modul "Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg" aufbauen. Er ist im August 2012 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt worden, hat dort jedoch keine Konsens gefunden. Im LQBB scheiterte er am Quorum.

Begründung:

Dieses Thema ist seit Jahrzehnten umstritten und befindet sich ausreichend in der öffentlichen Diskussion. Als eine auf die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ausgerichteten Partei unterstützen die Piraten einen ausgeglichener fließenden, langsamen Verkehr innerorts, mit dem viele Konflikte entschärft werden können. Die Default-Geschwindigkeit von 30 km/h schließt die Ausweisung von Durchgangsstraßen mit höherer Geschwindigkeit nicht aus.

WP015 - Förderung von Altbausanierung

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:16 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Öffentliche Fördermittel für den städtischen Wohnungsbau sollen vorrangig in die Sanierung und eine sinnvolle energetische Ertüchtigung von dafür geeigneten Altbauten fließen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass bei Altbausanierungen der kind- und altersgerechte Ausbau und für die Verdichtung innerstädtischen Wohnraums stärker als bisher berücksichtigt wird.

Begründung:

Der Antragstext enthält bereits eine Herleitung der grundlegenden Forderung. Der Antrag kann auf dem Landesparteitag vorgestellt und Fragen beantwortet werden. Er ist gegenüber dem Antrag zum LPT 2012.2 in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur um die Spezifizierung der öffentlichen Mittel und um die Verdichtung innerstädtischen Wohnraums ergänzt worden.

WP016 - Militärische Konversionsflächen

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:18 Uhr

Antragstext:

Folgender Beschluß möge an angemessener Stelle in das Wahlprogramm eingefügt werden:

Mit der militärischen Umstrukturierung werden durch Konversion wieder große Flächen zur Verfügung stehen. Bei ortsnahe Flächen sind gerade Kommunen für Ihre Stadtplanung auf diese Flächen angewiesen - beispielsweise für die Anlage von Gewerbe- und Industriegebieten. Bei den vorhandenen Gebäuden ist im Sinne der Nachhaltigkeit eine Nachnutzung anzustreben. Ortsferne Flächen - zum Beispiel Truppenübungsplätze - sollen der Natur erhalten bleiben, renaturiert werden oder für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien genutzt werden. Für die Kosten der Kampfmittelberäumung ist der Rechtsnachfolger des letzten militärischen Nutzers heranzuziehen.

Begründung:

Der Antragstext ist gegenüber dem auf dem LPT 2012.2 zurückgestellten Antrag WP033z in der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur um den Bezug auf Militär allgemein (nicht nur Bundeswehr) und um die Kostenübernahmen für die Kampfmittelberäumung ergänzt worden.

WP017 - Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Antragsteller: Holger_DOS → Version: 31. Mai 2013; 20:58 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschlands, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die Piratenpartei setzt sich für Steuergerechtigkeit ein. Deshalb setzt sie sich dafür ein, die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Brandenburg wieder herzustellen. Hierzu sind ineffektive Verwaltungsstrukturen abzubauen. Das Vorhandensein der Steuerverwaltung in der Fläche ist zu erhalten. Als Sofortmaßnahme ist der Stellenabbau in den Finanzämtern zu stoppen. Desweiteren ist ein kontinuierliches Ausbildungsprogramm in Brandenburg für Brandenburg zu starten, um den für die 2030er Jahre abzusehenden Personalausfall von mehreren hundert Beschäftigten kompensieren zu können.

Begründung: Auf den bisherigen LPT wurden mehrere Wahlprogrammanträge beschlossen, die erhebliche Mehrausgaben erforderlich machen. Deshalb kam auch schon dort die Frage nach der Finanzierbarkeit auf. Mit dem Beschluß dieses Antrags geben die Piraten zu erkennen, daß ihnen das Problem der Finanzierbarkeit bewußt ist und sie für Lösungsmöglichkeiten offen sind.

Zu dem Antrag im Einzelnen:

Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung wieder herstellen:

Die Finanzämter in Brandenburg waren zu keinem Zeitpunkt nach 1990 mit dem in den alten Bundesländern üblichen Personalschlüssel ausgestattet. Seit Anfang an wird in Brandenburg nur versucht, den Personalbedarf gleichmäßig auf alle Finanzämter zu verteilen. Da es in den letzten Jahren zudem noch zu einem erheblichen Personalabbau auf Grund der Verrentung bzw. Pensionierung älterer Beschäftigter und des fehlenden Zugangs junger Mitarbeiter wegen eines fehlenden Ausbildungsprogramms kam, ist die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Brandenburg nicht mehr gegeben. Dies spiegelt sich beispielsweise in der Betriebsprüfungsstatistik wieder, nach der Großbetriebe in Brandenburg nicht mit einer kontinuierlichen Prüfung zu rechnen brauchen, die Prüfungsfallquote bei den Klein- und Kleinstbetrieben derart gering ist, daß so gut wie kein Betrieb mit einer Betriebsprüfung zu rechnen braucht. Jede mögliche Sparmaßnahme wurde in Brandenburg zuerst an der Steuerverwaltung ausprobiert, mit der (inoffiziellen) Begründung, diese müsse als Einnahmenverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Dieses Sparen an den Einnahmen muß ein Ende haben, wenn Brandenburg jemals finanzielle Selbständigkeit erreichen soll.

ineffektive Strukturen abschaffen:

Zu denken ist hierbei insbesondere an die zentralisierten Steuerfahndungsstellen, die die Verhältnisse vor Ort weder kennen, noch einschätzen können. Auch werden "kleinere" Fälle nicht zur Prüfung übernommen, wobei der Begriff "kleinere" Fälle von den Steuerfahndungsstellen sehr weit ausgelegt wird. (So werden durchaus auch mal Fälle mit einer steuerlichen Auswirkung von mehreren 10.000 Euro als kleinerer Fall abgelehnt.) Diesem kann mit einer Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Stellenabbau stoppen:

Obwohl bereits ein erheblicher Personalbedarf in der Steuerverwaltung Brandenburgs besteht, ist derzeit der weitere Abbau von 800 Stellen bis 2020 geplant. Dieser Abbau muß gestoppt werden, wenn Brandenburg jemals finanzielle Selbständigkeit erreichen soll.

kontinuierliches Ausbildungsprogramm in Brandenburg für Brandenburg starten:

Um den Personalabbau zu stoppen und dem zu erwartenden erheblichen Personalausfall in den 2030er Jahren entgegenzuwirken, ist ein kontinuierliches Ausbildungsprogramm unbedingt nötig, daß unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage die Steuerverwaltung mit Fachkräften versorgt. Die Auszubildenden in Brandenburg sind derzeit hauptsächlich Auszubildende des Bundes, aus Berlin und aus Sachsen-Anhalt. Für sich selbst bildet Brandenburg kaum aus. Dieses Verhältnis muß sich umkehren. Dies sichert die Arbeitsfähigkeit der Steuerverwaltung auch in Zukunft.

zu erwartender erheblicher Personalausfall in den 2030er Jahren:

Anfang der 1990er Jahre bestand zur notwendigen Anpassung des DDR-Steuersystems an das Steuersystem der BRD ein erheblicher Personalbedarf, so daß mehrere hundert Auszubildende eingestellt und nach der Ausbildung übernommen wurden. Diese gehen fast gleichzeitig in den 2030er Jahren in Rente/Pension. Um dann einen Zusammenbruch der Steuerverwaltung in Brandenburg zu verhindern, müssen frühzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Vorhandensein der Steuerverwaltung in der Fläche erhalten:

Bereits zum 01.04.1996 kam es zu einer Zusammenlegung verschiedener Finanzämter, die anschließend fortgesetzt wurde und deren Fortsetzung auch weiterhin geplant ist (derzeitige geplante Zusammenlegungen u.a. Eberswalde und Angermünde, Frankfurt und Fürstenwalde). Diese Zusammenlegungen berücksichtigen nicht, daß Brandenburg ein Flächenland ist. die weitere Zentralisierung also nicht im Sinne der Steuerzahler liegt.

WP018 - Elternzeit

Antragsteller: Mtaege → Version: 06. Juni 2013; 14:43 Uhr

Antragstext:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Novilierung des Elternzeitgesetzes ein. Dieses sollte auf folgende Säulen ruhen. Gleiche Zeitdauer bei Müttern und Vätern, sowie einer weiteren flexiblen Komponente, wo es auch die Möglichkeit geben kann, dass beide gleichzeitig in Elternzeit gehen. Elternzeit sollte auch gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit Kindern gewährt werden, wie es das Lebenspartnerschaftsgesetz vorsieht.

Begründung:

Dieses Model würde zu einem Umdenken, bzgl. der Rolle des Vaters in der Erziehung des Kindes bedeuten. Einerseits wird die Väterrolle in der Gesellschaft gestärkt, und andererseits soll es zu mehr Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. In den Unternehmen kann es dann nicht mehr heißen, dass Frauen mit Kindern “problematisch” sind. Eltern müssen in unserer Gesellschaft endlich mehr gefördert und unterstützt werden! Verantwortung und Zeit mit dem Kind, sollten auch für Väter normal sein. So erfolgt ein Umdenken in der Gesellschaft und wird durch ein Gesetz positiv begleitet.

Links

Bsp am Elternzeitgesetz Island Unter Gleichen <http://www.zeit.de/campus/2012/05/arbeiten-island-gleichberechtigung> Island erweitert Elternzeit für Väter von drei auf fünf Monate <http://vaeter-und-karriere.de/blog/index.php/2013/03/23/island-erweitert-elternzeit-fur-vater-von-drei-auf-funf-monate/> (inkl PDF zur Analyse) <http://www.gesetze-im-internet.de/lpartg/>

WP019 - Haushaltsuntreue als Straftatbestand

Antragsteller: Thomas(OHV) → Version: 20. Juni 2013; 20:33 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt unter “Haushalt und Finanzen” in das Wahlprogramm aufnehmen:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass der Verschwendung öffentlicher Mittel Einhalt geboten wird und der Tatbestand der Haushaltsuntreue als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Danach werden Amtsträger oder jede ander für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person, welche die Ausgabe öffentlicher Mittel bewilligen oder vornehmen und durch die Entscheidung das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung missachten, ohne durch ein unabweisbares Bedürfnis hierzu gezwungen zu sein, mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Begründung:

Öffentliche Mittel werden häufig ausgegeben, ohne dass die damit zusammenhängenden tatsächlichen Ausgaben zu Lasten der steuerzahlenden Bürger hinreichend berücksichtigt werden.

Wenn für einen sachverständigen Dritten offensichtlich ist, dass die getroffenen Entscheidungen dazu führen, dass die geplanten Ausgaben mit Wahrscheinlichkeit übertroffen werden (z.B. BER), sollen sich die für die Entscheidung maßgeblichen Personen verantworten müssen.

Es kann nicht sein, dass von Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders verpflichteten Personen Entscheidungen getroffen werden, die die Bürger in unzumutbarer Weise belasten, ohne dass die Entscheidungsträger für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen werden können.

Wir wollen, dass sich jeder Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person, welche die Ausgabe öffentlicher Mittel bewilligt oder vornimmt sich strafbar macht, wenn durch die Entscheidung das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung missachtet wird.

Dies soll insbesondere bei Baumaßnahmen, größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben i.S.v. § 24 LHO bzw. § 29 HgrG gelten.

Der Antrag zielt in Kombination mit den anderen Anträgen zur Haushaltsuntreue darauf ab, dass die Verschwendung öffentlicher Gelder aus rein politischen oder sonstigen unzulässigen Gründen durch die Androhung von Ordnungswidrigkeits- oder Haftstrafen stark eingeschränkt wird.

WP020 - Haushaltsuntreue bei öffentlichen Ausschreibungen

Antragsteller: Thomas(OHV) → Version: 20. Juni 2013; 20:43 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt unter “Haushalt und Finanzen” in das Wahlprogramm aufnehmen:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass der Verschwendung öffentlicher Mittel Einhalt geboten wird und der Tatbestand der Haushaltsuntreue in Verbindung mit der Unterlassung einer öffentlichen Ausschreibung als Ordnungswidrigkeitentatbestand in die Landeshaushaltsordnung (LHO) Brandenburg bzw. das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) aufgenommen wird.

Danach handeln Amtsträger oder jede andere für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person ordnungswidrig, wenn sie auf eine öffentliche Ausschreibung i.S.v. § 55 Landeshaushaltsordnung (LHO) Brandenburg bzw. § 30 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) oder den entsprechenden Vorschriften des kommunalen Haushaltsrechts verzichten, obwohl weder die Natur des Geschäfts noch besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

Das gilt auch, wenn eine erforderliche öffentliche Ausschreibung durch unzulässige Maßnahmen umgangen werden soll oder umgangen wurde.

Die Ordnungswidrigkeit wird mit einer Geldbuße bis zu 100.000,00 € geahndet.

Begründung: Öffentliche Mittel werden häufig ausgegeben, ohne dass die damit zusammenhängenden tatsächlichen Ausgaben zu Lasten der steuerzahlenden Bürger hinreichend berücksichtigt werden.

Dies trifft insbesondere auch dann zu, wenn eine öffentliche Ausschreibung i.S.v. § 55 LHO BrdBG bzw. § 30 HGrG unterbleibt oder auf unzulässige Weise umgangen wird. Nach § 55 Abs. 1 LHO bzw. § 30 HGrG muss dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

Wenn für einen sachverständigen Dritten offensichtlich ist, dass die getroffenen Entscheidungen dazu führen, dass die geplanten Ausgaben mit Wahrscheinlichkeit übertroffen werden (z.B. BER), sollen sich die für die Entscheidung maßgeblichen Personen verantworten müssen.

Es kann nicht sein, dass von Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders verpflichteten Personen Entscheidungen getroffen werden, die die Bürger in unzumutbarer Weise belasten, ohne dass die Entscheidungsträger für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen werden können.

Wir wollen, dass das Handeln eines jeden Amtsträger oder jeder für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person, welche die Ausgabe öffentlicher Mittel bewilligt oder vornimmt dann als ordnungswidrig angesehen wird, wenn durch die Entscheidung das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung missachtet wird.

Dies soll insbesondere bei Baumaßnahmen, größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben i.S.v. § 24 LHO bzw. § 29 HGrG gelten.

Der Antrag zielt in Kombination mit den anderen Anträgen zur Haushaltsuntreue darauf ab, dass die Verschwendung öffentlicher Gelder aus rein politischen oder sonstigen unzulässigen Gründen durch die Androhung von Ordnungswidrigkeits- oder Haftstrafen stark eingeschränkt wird.

WP021 - Mitteilungsverpflichtung bei Verdacht auf Haushaltsuntreue

Antragsteller: Thomas(OHV) → Version: 20. Juni 2013; 20:48 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgenden Abschnitt unter “Haushalt und Finanzen” in das Wahlprogramm aufnehmen:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass eine Vorschrift in Bezug auf eine Mitteilungsverpflichtung (Whistleblowing) in die Landeshaushaltsordnung (LHO) Brandenburg bzw. in das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) aufgenommen wird.

Danach sollen alle mit der Rechnungsprüfung im Sinne des Haushaltsgrundsätzegesetzes oder entsprechender landes- bzw. kommunalrechtlicher Regelungen befasste Stellen oder natürliche Personen verpflichtet werden, die für die Aufklärung eines Verdachts der Verletzung der haushaltsrechtlichen Vorschriften zuständige Stelle (Staatsanwaltschaft - § 152 StPO-) unverzüglich zu unterrichten, wenn sich während einer Rechnungsprüfung zureichende Anhaltspunkte für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit i.S. der Haushaltsuntreue ergeben.

Dies gilt auch, wenn lediglich die Möglichkeit besteht, dass ein Straf- oder Bußgeldverfahren durchgeführt werden muss.

Begründung: Durch den Antrag sollen mit der Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich befasste Stellen verpflichtet werden, schon bei der Möglichkeit des Bestehens eines Haushaltsuntreuetatbestandes, die Staatsanwaltschaft als zuständige Stelle (§ 152 StP) über den Verdacht zu informieren.

Diese entscheidet dann, ob ein Ordnungswidrigkeiten- oder gar ein Strafverfahren eingeleitet werden muss.

Der Antrag zielt in Kombination mit den anderen Anträgen zur Haushaltsuntreue darauf ab, dass die Verschwendung öffentlicher Gelder aus rein politischen oder sonstigen unzulässigen Gründen durch die Androhung von Ordnungswidrigkeits- oder Haftstrafen stark eingeschränkt wird.

WP022 - Schweizer Sicherungswände

Antragsteller: AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur → Version: 21. Juni 2013; 20:46 Uhr

Antragstext: Die Piraten Brandenburg setzen sich für den Einsatz neuester Sicherungstechnik und die Überarbeitung der Sicherheitsrichtlinien für alle Straßen und Verkehrswege im Land ein.

Um die Sicherheit von Arbeitern und Verkehrsteilnehmern zu gleichen Teilen zu gewährleisten, sprechen wir uns unter anderem für die Einführung von Schweizer Sicherungswänden und Funkwarnsystemen für Verkehrsteilnehmer und Arbeiter aus.

Begründung: Viele Arbeiter, die an unseren Straßen arbeiten, kennen die Unfallgefahr in ihren Jobs!

Für alle, die sich unter Sicherungswänden nichts vorstellen können: Das sind die Teile mit den meist blauen Schildern und dem Pfeil dran. Diese Sicherungswände sind deswegen unsicher, weil sie keinen Aufprallschutz bieten, weder für den Verkehrsteilnehmer noch für die Bauarbeiter, die sich in dem Fahrzeug befinden, an dem sie angebracht sind. Deswegen ist man in der Schweiz dazu übergegangen, vor diese Sicherungswände eine kostengünstige Konstruktion aus Pappkartons zu montieren als Aufprallschutz. Diese Kombination senkt die Verletzungsgefahr auf beiden Seiten erwiesenermaßen eindeutig, aber das ist nicht ihr einziger Nutzen, denn die Autos der Autobahnmeistereien deren Haltwertzeit derzeit zwei Jahre kaum übersteigt, werden dann länger einsetzbar sein.

Dieser Antrag ist bewusst nicht nur auf das Thema Autobahn- oder Baustellensicherheit hin formuliert, sondern es wird dabei auch an die Leute gedacht, die zum Beispiel unsere Alleen verschneiden, da diese dort auch mit so einer Aufprallwand unterwegs sind und besser geschützt werden sollen.

Funkwarnsysteme sind nötig, um LKW's vor Autobahnbaustellen zu warnen und ihnen eine Abfahrt vorher zu ermöglichen.

Hier ein Link zum Thema Schweizer Sicherungswände

<http://www.daserste.de/information/ratgeber-service/auto-reise-verkehr/sendung/swr/2012/baustellen-100.html>

WP023 - Wertstoff Müll

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:17 Uhr

Antragstext: Die PIRATEN Brandenburg sehen Müll generell als wertvollen und nutzbaren Rohstoff an, der, wenn nicht durch intelligente Konzepte vermeidbar, möglichst umweltschonend dem Materialkreislauf wieder zugeführt oder weiterverarbeitet werden muss. Die Vernichtung von Rohstoffen durch Müllverbrennung oder ähnliche materialunspezifische Verfahren sind möglichst zu vermeiden. Demgegenüber ist die Wiederverwertung zu bevorzugen und die Suche nach neuen Möglichkeiten zur technischen Weiterentwicklung zu unterstützen. Gegenüber ungezieltem Recycling mit den dabei systembedingten Verlusten ist gezieltes Design zur zyklischen Ressourcennutzung anzuwenden (Cradle-to-Cradle-Konzept).

Begründung: keine

WP024 - Wasserwirtschaft

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:29 Uhr

Antragstext: Wasser muss jedem Bürger zu einem angemessenen und erschwinglichen Preis zur Verfügung stehen.

Wir stehen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein, da sie als Infrastruktur der Grundversorgung dient. Eine private Beteiligung an oder eine private Übernahme der Wasserversorgungsunternehmen lehnen wir ab. Die Trinkwasserverordnung soll an aktuelle Erkenntnisse über Wasserinhaltsstoffe regelmäßig angepasst werden.

Begründung: keine

WP025 - Abwasser

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:35 Uhr

Antragstext: Abwasser ist ein Wertstoff, und wir streben einen ressourcenschonenden Umgang mit den wertvollen Inhaltsstoffen an.

Wir treten für die Abschaffung des Anschlusszwanges für häusliche Abwässer an das Abwassernetz ein, wenn die Einhaltung der Ablaufparameter nach der EU-Rahmenrichtlinie sichergestellt wird. Die Qualitätsprüfung ist eigenverantwortlich zu leisten.

Industrielle, gewerbliche und die von Krankenhäusern stammende Abwässer sind bedarfsgerecht vorzubehandeln. Vermischung mit häuslichen Abwässern ist zu vermeiden.

Schädigungen an den Wasserressourcen sind zu vermeiden. In allen Bereichen müssen Eingriffe in den Boden auf ihre Verträglichkeit mit dem Gewässerschutz hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Begründung: keine

WP026 - Erhalt des ländlichen Lebensraums

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:42 Uhr

Antragstext: Die Politik unserer Landesregierung in den letzten Jahre hat zu vielen Problemen in den großen Städten und zum zukünftigen Aussterben vieler Dörfer und kleiner Städte geführt!

Die PIRATEN Brandenburg wenden sich gegen diese Zentralisierung und die Ausdünnung der ländlichen Gebiete, wie sie durch unsere Landesregierung gefördert wird und setzen sich dafür ein, den Lebensraum der Dörfer und Städte zu erhalten und wiederzubeleben.

Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen für eine Eigenversorgung der ländlichen Gebiete in jeder Hinsicht (Energie, Wasser, Nahrungsmittel) genau so verbessern wie wir eine Infrastruktur schaffen wollen die ein Leben auf dem Land attraktiv macht.

Wir unterstützen ausdrücklich Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe und Projekte die den ländlichen Lebensraum attraktiver machen.

Begründung: keine

WP027 - Patente in der Landwirtschaft

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:59 Uhr

Antragstext: Patente auf Pflanzen und Tiere blockieren die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft, indem sie die freie Zugänglichkeit des Wissens einschränken. Damit behindern sie den allgemeinen Fortschritt der Menschheit zugunsten von Einzelinteressen. Wir fordern die Offenlegung aller Patente auf Tiere und Pflanzen, da diese existentielle Auswirkung auf eine Vielzahl von Menschen haben können.

Begründung: keine

WP028 - Gentechnikfreie Regionen

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 22:02 Uhr

Antragstext: Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass jede Region des Landes Brandenburg frei entscheiden kann, ob sie dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" beiträgt.

Begründung: keine

WP029 - Forstwirtschaft

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 22:46 Uhr

Antragstext: Die PIRATEN Brandenburg setzt sich für Mischwald in Brandenburg anstelle der derzeit vorherrschenden Monokulturen ein und streben eine den regionalen Gegebenheiten angepasste möglichst vollständige Wiederaufforstung gerodeter Flächen an. Eine Rodung soll zu maximal 15 % möglich sein, um ausreichende Rückzugs- und Ausweichmöglichkeiten für die Fauna zu gewährleisten. Dabei ist darauf zu achten, dass keine großen zusammenhängenden Gebiete gerodet werden. Es muss ökologisch mindestens gleichwertig aufgeforstet werden.

Maschinen sind schonend einzusetzen; diesbezüglich ist die Forschung und die Weiterentwicklung der Forsttechnik voranzutreiben. Der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln ist nur gezielt und bei erfolgreich geprüfter Wirksamkeit zuzulassen, und die Veröffentlichung der durchgeführten Maßnahmen und ihrer Ergebnisse muss verpflichtend sein. Maßnahmen, die eine Vergiftung von Wasser- und Landflächen zur Folge haben, werden strikt abgelehnt. Ein Rodungsverbot für Wälder, die ein Habitat bedrohter Tierarten darstellen, ist unverzüglich zu erlassen.

Die PIRATEN Brandenburg wenden sich gegen den Import und die unnötige Verwendung von Tropenhölzern und in ihrem Bestand gefährdeten Holzarten.

Begründung: keine

WP030 - Verkehrsregelung vor Autobahnausbau und unnötiger Versiegelung von Biotopraum

Antragsteller: Agrakan → Version: 25. Juni 2013; 12:17 Uhr

Antragstext: Hiermit beantrage ich, an geeigneter Stelle, nachfolgenden Text, in das Wahlprogramm, aufzunehmen.

I) "Die Piratenpartei setzt sich für ein Tempolimit 130 km/h und Überholverbot für LKW auf zweispurigen Autobahnen mit einem Mindestabstand von 200 m ein!"

II) "Die Piratenpartei setzt sich für ein Tempolimit von 150 km/h und ein Überholverbot für LKW von 06:00 Uhr bis 21:00 Uhr mit einem Mindestabstand von 200 m auf dreispurigen Autobahnen ein!"

III) "Die Piraten Partei setzt sich für die Festsetzung der Höchstgeschwindigkeit für LKW, PKW mit Anhänger und Wohnwagengespanne, von 90 km/h ein."

Begründung: Es werden in Brandenburg Jährlich hunderte von Hektaren Natur und Biotope für den Autobahnausbau zerstört, ohne alle Möglichkeiten der Verkehrsflusssteuerung ausgeschöpft zu haben. Unter der Berücksichtigung der Physikalischen Strömungs-/Kraftgesetze, (ein Schlauch lässt nicht mehr Wasser durch als sein engster Querschnitt, oder die Kette hält nur soviel wie sein schwächstes Glied, macht es keinen Sinn auf zweispurigen Autobahnen 180 km/h zu fahren, wenn alle 2 km ein überholender LKW oder die Baustelle der Verkehrsfluss auf 60-90 km drosselt. Aus diesen Situationen entstehen die häufigsten Unfälle die dann zum Totalstau führen. In diesem werden dann 1-4 Std verloren, die auch mit Tempo 180 oder durch überholen mit LKW, auf zu holen sind. Außerdem senkt sich der Spritverbrauch um 1-3 Liter je 100 gefahrenen km. 1. Damit ist das Tempolimit und Überholverbot für LKW ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz und der CO₂ Reduzierung.

2. Damit wird der Verkehrsfluss so erhöht, dass auf vielen Autobahnstrecken der Ausbau auf die dritte Spur unnötig wird. Damit werden viele Landwirtschafts- und Naturflächen geschont.

3. Da jetzt die meisten LKW und PKW mit Anhänger 90-100 km/h fahren, haben diese Stress mit den LKW Fahren, die sich an die 80 -85 km/h halten. Durch die heutigen Tempomaten, Geschwindigkeitsbegrenzer und ein Überholverbot ist die Einhaltung der 90 km/h gut möglich. Am Ende sind alle Fahrer schneller, stressfreier, Unfallfreier und Umweltschonender am Ziel. Mit sinkenden Unfallzahlen, sinken auch die Versicherungsprämien und Krankenhauskosten. (Weniger ist manchmal mehr)

WP031 - Gentechnik in der Landwirtschaft

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 22:39 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschliessen folgendes an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufzunehmen.

Die PIRATEN Brandenburg sprechen sich gegen die einseitige Förderung oder Bevorzugung der Gentechnik mit öffentlichen Fördermitteln in der Landwirtschaft aus. Wir befürworten Forschung, um biologisch und gesellschaftlich negative Auswirkungen gentechnischer Produkte zu minimieren. Forschungsergebnisse müssen dokumentiert und für die Allgemeinheit frei zugänglich sein.

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine Kennzeichnung aller gentechnisch hergestellten Nahrungs- und Futtermittel und der mittelbar aus ihnen hergestellten Endprodukte ein.

Begründung: keine

WP032 - Demokratisierung der Kommunalverwaltung für alle Bürger!

Antragsteller: Ralf - Koordinator AK Kommunalpolitik → Version: 01. Juli 2013; 16:36 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen: "Die Ämter als Struktur der Kommunalverwaltung werden abgeschafft. Die §§ 133 bis 140 der Kommunalverfassung sollen deswegen ersatzlos gestrichen werden."

Die kommunale Verwaltungsstruktur des Amtes ist als Parallelstruktur neben der amtsfreien Gemeinde überflüssig. Es sind im gesamten Land Brandenburg amtsfreie Gemeinden zu bilden. An deren Spitze soll überall ein direkt gewählter Bürgermeister stehen.

Der § 134 Abs. 3 zur Überführung der Ämter in amtsfreie Gemeinden ist als Grundlage für einen ordnungsgemäßen Übergang des Amtes in eine amtsfreie Gemeinde neu zu formulieren und in die Kommunalverfassung an geeigneter Stelle aufzunehmen. Es ist insbesondere eine angemessene Übergangsfrist festzuschreiben, die die Verwaltungsaufgaben nicht beeinträchtigt.

Begründung: Bisher gibt es 2 Arten von kommunalen Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg. Einmal das Amt mit einem hauptamtlichen Amtsdirektor und einmal die amtsfreie Gemeinde mit einem hauptamtlichen Bürgermeister. Den Bürgermeister können die Bürger der amtsfreien Gemeinde direkt wählen, den Amtsdirektor können die Bürger die in einem Amt wohnen aber nicht wählen.

Mehr Demokratisierung durch die amtsfreie Gemeinde für allen Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg ! Wir wollen die direkte Demokratie für alle stärken. Deshalb wollen wir keine Strukturen mehr in denen die Bürger ihren Verwaltungschef nicht wählen dürfen. Warum dürfen einige Einwohner unseres Landes ihren kommunalen Verwaltungschef direkt wählen, andere aber nicht ? Warum diese Ungleichbehandlung in den kommunalen Wahlrechten ? Wieso werden einige kommunalen Verwaltungen von hauptamtlichen von den Bürgern direkt gewählten Bürgermeistern geführt, andere aber von einem Amtsdirektor, der nicht direkt gewählt werden kann ? Dafür gibt es keine sachlichen Gründe mehr. Es gibt im ländlichen Raum völlig gleiche Siedlungsstrukturen, die aber diese undemokratischen Unterschiede aufweisen. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz unserer Landesverfassung. Vor dem Hintergrund der Diskussion über eine Kommunalreform wird die kommunale Selbstverwaltung durch die Direktwahl der kommunalen Verwaltungschefs gestärkt. Ihre direktdemokratische Legitimation durch die Bürger ermöglicht eine öffentlich gestärkte Vertretung ihrer Gemeinde.

Ausführliche weitere Begründung: In der amtsfreien Gemeinde kann im Gesamtinteresse aller Bürger besser geplant werden. Hier haben die Bürger eine klare Struktur mit einem hauptamtlichen Bürgermeister, der zugleich Verwaltungschef ist, sowie einer Gemeindevertretung vor sich. Laßt uns starke Kommunen schaffen für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung! Eine Voraussetzung dafür ist die amtsfreie Gemeinde für alle Brandenburger Einwohner. Weiterhin wird der nicht direkt von den Bürgern gewählte Amtsausschuß beseitigt. Dieser wählt bisher den Amtsdirektor ohne die Bürger einzubeziehen. In diesen Amtsausschuß kommen nur wenige als ehrenamtliche Gemeindebürgermeister oder ehrenamtliche GVV-Vertreter aufgrund eines in der Kommunalverfassung festgelegten Schlüssels rein (eine Art indirekte Mandatierung). Das heißt, jetzt in den Ämtern gibt es kommunale Mandatsträger die im Amtsausschuß sitzen und solche die dort nicht sitzen (2 "Klassen"). Das ist mit unseren direktdemokratischen Grundsätzen unvereinbar. Nebenbei wird mit dem Amt auch ein beliebtes "Versorgungsfeld" der großen Parteien beseitigt. Denn im Amtsausschuß sitzen natürlich überwiegend Parteienvertreter, die können in der geheimen Ausschußwahl trotz Ausschreibung als Amtsdirektor wählen wen sie wollen (die bestimmen auch den Text der Ausschreibung und ob überhaupt ausgeschrieben wird). Da gibt es in den Ämtern 22 Jahre "Erfahrung" in Brandenburg. Der Bürger ist hier nur Zuschauer (wenn die Sitzung überhaupt öffentlich war). Mehrkosten oder mehr Verwaltungsarbeitsplätze werden durch den Beschluß dieses Antrags nicht verursacht. Es sind eher Einsparungen zu erwarten, da der Amtsausschuß wegfällt. Die Aufgaben bleiben die gleichen. Der Bürger hat in der amtsfreien Gemeinde keine Nachteile gegenüber dem Amt. Für die Mitarbeiter der Verwaltung ändert sich ebenfalls nichts. Hier ist der entsprechende Link zur bisherigen Kommunalverfassung: [http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb.bravors.01\[.\]](http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb.bravors.01[.]) Amtsfreie Kommunen sind bspw. Wiesenburg/Mark, Ketzin, Kloster Lehnin, Milower Land, Michendorf, Kleinmachnow, Stahnsdorf. Ämter sind z. B. das Amt Brück, das Amt Niemegk, das Amt Wusterwitz, das Amt Rhinow, das Amt Nennhausen, das Amt Friesack. Diese unterschiedliche rein kommunalpol. Struktur für die gleichen Aufgaben gibt es im gesamten Land Brandenburg. Hier ist Reformbedarf angesagt. http://wiki.piratenbrandenburg.de/Antragsfabrik/LPT_2012.2/%C3%84mter_entschaffen_-_Kommunen.st%C3%A4rken

WP033 - Demokratiefähige und tragfähige Kommunen schaffen

Antragsteller: Ralf - Koordinator AK Kommunalpolitik → Version: 01. Juli 2013; 16:41 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen: Die Kommunen in Brandenburg sollen sich freiwillig zu amtsfreien Gemeinden und Städten mit einer Mindesteinwohnergröße von 10.000 Einwohnern zusammenschließen.

Begründung: Außenregionen haben Bevölkerung stark verloren, Kommunale Verwaltungen mit ca. 30-50 hauptamtlichen Mitarbeitern sind oft schon für deutlich weniger als 5000 Einwohner zuständig. Das läuft auf eine Subvention von Verwaltungsarbeitsplätzen von Einwohnern großer Kommunen zugunsten deutlich kleiner hinaus.

- Außenregionen brauchen zukünftig tragfähige Kommunalverwaltungen mit klaren kommunalpolitischen Strukturen: [1] Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg (2011 bis 2030): [http://www.demografie.brandenburg.de/media/lbm1.a.48-56.de/SB_A01-08-00_2011\[..\]](http://www.demografie.brandenburg.de/media/lbm1.a.48-56.de/SB_A01-08-00_2011[..]) [2] Bevölkerungsvorausschätzung 2011 bis 2030 - Ämter und amtsfreie Gemeinden des Landes Brandenburg: [http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/Bevoelkerungsvorausschae\[..\]](http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/Bevoelkerungsvorausschae[..]) [3] Raumordnungsbericht Berlin-Brandenburg 2008: [http://gl.berlin-brandenburg.de/imperia/md/content/bb-gl/raumbearbeitung/ro\[..\]](http://gl.berlin-brandenburg.de/imperia/md/content/bb-gl/raumbearbeitung/ro[..]) (insbesondere S. 5-6, S. 55-68) - In Brandenburg nimmt die Gesamtsumme der kommunalen Kassenkredite ständig zu. Das ist sehr bedenklich. Es unterhöhlt die bestehende kommunale Selbstverwaltung. Immer wieder muß das MI Zwangsverwaltungen anordnen da Kommunen sonst die Pleite droht. Bund und Land sind selber klamm und werden die Kommunen finanziell kaum deutlich besser stellen.

- Brandenburg ist "Nehmerland" im Länderfinanzausgleich. "Zahlerländer" üben starken Druck aus um hiesige Strukturen kostengünstiger "anzupassen". Es werden Argumente für eine Veränderung des bisherigen Systems gesammelt.

- Kleine Kommunalverwaltungen dünnen personell aus, da wegen sinkender Finanzen Stellen abgebaut werden müssen. Die Aufgabenerfüllung gerät in Gefahr. Ihr reiner Personalkostenanteil am Haushalt ist zu hoch, der finanzielle Spielraum für ihre Aufgaben nimmt ab.

WP034 - Kreisgebietsreform zukunftsfest machen

Antragsteller: Ralf - Koordinator AK Kommunalpolitik → Version: 01. Juli 2013; 16:53 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen: Die Landkreise werden ab 2014 schrittweise, sozialverträglich und bürgerorientiert in den Grenzen der bestehenden regionalen Planungsgemeinschaften fusionieren und auf 5 reduziert (siehe die 5 Planungsgemeinschaften). Die Planungsgemeinschaften bilden derzeit etwa 2-3 Landkreise ab, hier gibt es jeweils eine Geschäftsstelle und eine gemeinsame Beschlußlage (Mitglieder sind die Landkreise/kreisfreien Städte). Deshalb macht es Sinn Landkreise und Planungsgemeinschaften in den gleichen Grenzen beizubehalten (5 Landkreise + die Landeshauptstadt Potsdam blieben dann noch übrig). Die kreisfreien Städte (außer Potsdam als Landeshauptstadt) sollten mit den angrenzenden neuen Landkreisen fusionieren.

Begründung: Kreise und Reformen in Brandenburg Die Kreise in Brandenburg gibt es seit der Kreisreform 1993. Damals wurde die Zahl der Kreise von 38 auf 14 und die Zahl der kreisfreien Städte von 6 auf 4 reduziert. Es gibt vier Oberzentren, die auch kreisfrei sind (Potsdam, Cottbus, Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder), 34 Mittelzentren und 8 Mittelzentren in Funktionsteilung.

Einzelne Landkreise und kreisfreie Städte (außer Potsdam) sind deutlich unter 100.000 Einwohner und sind hoch verschuldet (incl. Potsdam), sie können sich mit ihrer gegenwärtigen Finanzierung nicht mehr selbst verwalten. Besonderes Problem sind die kreisfreien Städte, sie müssen die üblichen Aufgaben der Kommunen und Landkreise zusammen erfüllen, das überfordert ihre Finanzausstattung. In Brandenburg erfüllen die Kreisfreien Städte, die Landkreise und die Kommunen die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Die Landkreise und Kreisfreien Städte sind aber zugleich auch "Untere Landesbehörde", d. h. sie müssen auch Weisungen des Landes befolgen. Das Land als Gesetzgeber und Obere Kommunalaufsicht ist zuständig für den Zuschnitt der Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen (juristisch schon mehrfach bestätigt) und auch ganz wesentlich für die Finanzausweisungen. Die Aufgaben der Landkreise, Kommunen und kreisfreien Städte kann sich jeder auf den Homepages seines Heimortes und Kreises/kreisfreier Stadt selbst anschauen. Die Kreisfreien Städte sind eine Mischform zwischen Landkreisen und Kommunen, sie nehmen alle kommunalen/kreislichen Aufgaben selbst wahr (sind aber dadurch finanziell nicht mehr lebensfähig). Damit sind sie aber offensichtlich finanziell überfordert (siehe deren Verschuldungen). Eine Reform ist aus finanzieller Sicht, wegen der Bevölkerungsveränderungen, wegen des Ausbaus der Online-Verwaltung (was wir als Piraten forcieren wollen) und wegen der Planungsnotwendigkeiten in größeren Räumen unabdingbar. Meiner Ansicht sollte es keine "Brachialreform", wie einige Landes-Regierungspolitiker es planen, geben. Die Landkreise sollten auch nicht abgeschafft werden (wie der Fraktionschef der größten Landtagsfraktion vorgeschlagen hatte), da sonst die meisten Kommunen neue Ämter wie Jugendamt, Verkehrsamt etc. neu aufbauen müßten (Kosten!). Sondern eine Zwischenvariante mit 5 Landkreisen wäre zeitgemäßer, die eine sozialverträgliche und bürgerfreundliche Reformgestaltung ermöglicht. Die gemeinsame Regionalplanung (siehe Link!) kann dann auch demokratischer und gemeinsamer in den Kreistagen mitbestimmt werden (z. B. bei der Windkraft). Natürlich kann es, wie jetzt auch schon, Verwaltungsaußenstellen bzw. Bürgerservicebüros geben um die Fahrtwege nicht unzumutbar zu verlängern. Auch ein Ausbau der Online-Verwaltungsangebote für die Bürger soll erfolgen. Es bringt nichts mit wenig Einwohner und wenig Geld, wenigen Zuständigkeiten und mit der Kommunalaufsicht

im Rücken an einer kommunalen Selbstverwaltung in den heutigen Grenzen fest zu halten die nicht leistungsfähig ist. Nur funktionierende Strukturen sind auch demokratiefähig. Kommunen mit mindestens 8000 Einwohnern können demokratisch und leistungsfähig ihre Aufgaben erfüllen. Kreise und Reformen in Brandenburg Die Kreise in Brandenburg gibt es seit der Kreisreform 1993. Damals wurde die Zahl der Kreise von 38 auf 14 und die Zahl der kreisfreien Städte von 6 auf 4 reduziert. Das Land ist in fünf Regionale Planungsgemeinschaften eingeteilt. - Prignitz-Oberhavel (Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz); - Uckermark-Barnim (Barnim, Uckermark); - Oderland-Spree (Frankfurt/Oder, Märkisch-Oderland, Oder-Spree); - Lausitz-Spreewald (Cottbus, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße); - Havelland-Fläming (Brandenburg/Havel, Potsdam, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming). Aufgaben, Ziele und Rechtsgrundlagen siehe unter: <http://gl.berlin-brandenburg.de/regionalplanung/index.html> vergleichbare Reformen benachbarter Flächenländer: http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisgebietsreform_Mecklenburg-Vorpommern_2011[..] <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=25128> http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisreform_Sachsen_2008

WP035 - Gegen vorrangige Gewinnorientierung im Gesundheitswesen

Antragsteller: Markus Hoffmann → Version: 02. Juli 2013; 22:53 Uhr

Antragstext: Die Piratenpartei LV Brandenburg möge auf dem Landesparteitag folgendes zur Aufnahme in das Wahlprogramm zur Landtagswahl an geeigneter Stelle beschließen:

Gesundheit ist ein hohes Gut. Wir Piraten in Brandenburg wollen deswegen der zunehmenden Gewinnorientierung des Gesundheitswesens, die Krankheit zur Einnahmensquelle werden lässt, entgegensteuern. Deswegen setzen wir uns für die Betreibung von Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren durch Kommunen oder anerkannt gemeinnützige Träger ein.

Begründung: keine

WP036 - Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung

Antragsteller: Markus Hoffmann → Version: 02. Juli 2013; 22:59 Uhr

Antragstext: Die Piratenpartei LV Brandenburg möge auf dem Landesparteitag folgendes zur Aufnahme in das Wahlprogramm zur Landtagswahl an geeigneter Stelle beschließen:

Wir wollen die gesundheitliche Eigenverantwortung stärken und dies auch in schulischen Lehrplänen berücksichtigen.

Begründung: keine

WP037 - Verkehr- und Industrielärmemissionen

Antragsteller: Kannstewissen → Version: 03. Juli 2013; 21:19 Uhr

Antragstext:

Wahlprogramm Antrag

Verkehr- und Industrielärmemissionen

Es wird beantragt gegebenenfalls modular darüber abzustimmen, im Wahlprogramm an geeigneter Stelle im Themenfeld Umwelt folgenden Text zum Thema Lärmemissionen einzufügen.

Modul_001

Verkehrs- und Industrielärmemissionen

Die Piratenpartei Brandenburg erkennt Verkehrs- und Industrielärm als Umweltbelastung und als ein Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit.

Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Besonders schützenswert ist die Nacht von 22:00 bis 06:00 Uhr.

Verkehrs- und Industrielärm sind in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen.

Modul_002

1. Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten.

Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen. Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, ihre individuelle Belastungen schnell und unkompliziert zu erfahren. Lärmemissionsberechnungen sollen auf Antrag Betroffener durch Messungen validiert werden.

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können.

Modul_003

2. Belastungen durch den Flugverkehr minimieren

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen so gering wie möglich gehalten werden. Betriebskonzepte sollen so optimiert werden, dass die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ausfällt. Die aktuell gängige Praxis, die Belastungen durch Fluglärm breit zu streuen, muss beendet werden.

Nachtflugverbot ist aktiver Schallschutz. Daher fordert die Piratenpartei Brandenburg ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr für Flughäfen in besiedelten Gebieten.

Modul_004

3. Belastungen durch den Schienenverkehr senken

Die Piratenpartei Brandenburg fordert ein Programm zum "Schutz vor Schienenlärm". Ziel dieses Programms soll die Verringerung der Lärmbelastung durch flächendeckende Modernisierung der Schienen- und Wagensysteme sein. Bis zur Umsetzung sind auf nicht modernisierten Strecken Fahrgeschwindigkeiten und Tonnage in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr zu reduzieren. Es soll ein Stichtag definiert werden, ab dem veraltete Wagentechnik nicht mehr eingesetzt werden darf.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für sofortige die Abschaffung des sogenannten Schienenbonus ein.

Modul_005

4. Belastungen durch den Autoverkehr vermeiden

Die Piratenpartei Brandenburg misst dem Schutz vor Straßenlärm eine besondere Bedeutung zu, da Lärmemissionen durch den Straßenverkehr nahezu flächendeckend vorhanden sind.

Die Piratenpartei fordert, dass bei Neubau, Umbau, Sanierung oder Nutzungsänderung von Straßen ein Recht auf Schutz vor Straßenlärm entsteht. Das Recht auf Schallschutz soll auch dann entstehen, wenn die durchschnittliche Lärmemission um drei Dezibel steigt.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, Lärmemissionen durch Straßenlärm vorrangig durch aktiven Schallschutz zu vermindern – durch Instrumente wie intelligente Leitsysteme, Entwicklung, Förderung und Einsatz geräuscharmer Fahrzeuge und Fahrbahnbeläge, zeitliche Beschränkung von Geschwindigkeiten, Park/Ride Systeme und Ortsumfahrungen.

Begründung:

Antragsbegründung

Eines Tages wird Lärm genauso gesundheitsschädigend eingestuft werden wie heute Asbest. Es gilt, die Zeit bis dahin zu verkürzen.

Zum Einlesen ins Thema empfehlen wir :

- die Infoseite des Umweltbundesamtes zum Thema Lärm: [1] - Fachgruppe Lärm Deutsche Gesellschaft für Akustik: [2]
- WHO Studie Lärm [3] - RICHTLINIE 2002/49/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm [4]

-Der Deutsche Ärztetag 2012 ruft die Bundesregierung zum sofortigen handeln auf. Siehe hier: [5]

Innerhalb der Piratenpartei gibt es ein Pad unter zum Thema Lärm: [6]

Wer wir sind

An der Antragserstellung sind bisher beteiligt: AG Umwelt (Bund), AG Umwelt (BrB), AG Verkehr (BrB), Squad Umwelt (Berlin) sowie einzelne Piraten aus Bayer, NRW und dem Saarland.

Warum Lärmschutz?

Der vorliegende Antrag beinhaltet die Frage, wieviel uns Ruhe wert ist. Der Weg muss vom passiven Schallschutz hin zum aktiven Schallschutz gehen. Passiver Schallschutz heisst: Die Menschen werde in ihre Häuser "eingesperrt". Eine Nutzung der Außenbereiche Garten usw. gefährdet die Gesundheit. Es werden akustisch dichte Fenster eingebaut, die nicht geöffnet werden dürfen. In den Häusern erfolgt eine künstliche Sauerstoffzufuhr über Lüfter, die auch wieder laut sind. Dies gilt auch für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten usw. Das Verhindern von Lärm, der aktive Schutz vor Lärm, wird in den nächsten Jahren der Weg zur Lösung der größten Probleme sein.

Aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt sich, dass es etwa 15 Jahre braucht, um lärmindernde Lösungen in die Anwendung zu bringen. Das ist lange. Bis dahin können vor allem durch Reduzierung von Lärmemissionen wie Verringerung von Geschwindigkeiten auf Straße und Schiene Übergangslösungen erreicht werden.

Eine besondere Aufmerksamkeit gehört der Nacht.

Babys schlafen 14-16 Stunden am Tag, Kleinkinder 12 Stunden, Schulkinder etwa 10 Stunden. Für Erwachsene empfiehlt die WHO 8 Stunden Nachtschlaf. Das passt nicht zu rund um die Uhr Belastungen durch Straße, Schiene, Flugzeuge. Insbesondere nächtliche Begrenzungen von Geschwindigkeiten, Nachtflugverbot und Verhinderung von nächtlichen Einzelschallereignissen über 45 dB führen zur Verbesserung der Nachtruhe.

Lärmkartierung

Die Erfassung und Veröffentlichung von Lärmemissionen erfolgt aktuell nur entsprechend der minimalen gesetzlichen Notwendigkeit (EU RICHTLINIE 2002/49/). Dadurch sind viele lärmbelastete Bereiche von der Erfassung ausgeschlossen, weil sie die hohen Mindestwerte für die Belastung nicht erreichen. Die Darstellung von Lärm erfolgt in den Bundesländern bisher sehr unterschiedlich, oft jedoch ausschließlich in Form von PDF Dateien, die keine sinnvolle Bewertung der örtlichen Situation erlauben. Es existiert keine Kartierung, die alle Lärmarten beinhaltet. In Brandenburg gibt es in vielen Bereichen keine der aktuellen Gesetzeslage entsprechenden Kartierungen.

Berechnungen von Lärmemissionen sollen durch Messungen validiert werden können und die tatsächlichen Lärmpegel erfassen. Lärmessungen müssen signifikant sein. Bei der Kartierung werden alle Werte ausschließlich berechnet. Erst eine mindestens punktuelle Messung kann aber die wirklichen Belastungen darstellen. Messungen müssen sowohl von der verursachenden Quelle, als auch "beim Bürger ankommend" gemessen werden. Im Vorfeld einer Baumaßnahme berechnete Meßwerte müssen zwingend durch reale Messungen vor Ort validiert werden.

WP038 - Gleichstellungsbeauftragte zu Antidiskriminierungsbeauftragte umwandeln

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 00:43 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass aus Gleichstellungsbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen Antidiskriminierungsbeauftragte werden.

Begründung: Da der Begriff "Gleichstellung" zum einen nur die Gleichstellung von Mann und Frau suggeriert und zum anderen häufig nur in Verbindung mit der gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau mit der gesellschaftlichen Stellung des Mannes verstanden wird, geht der Begriff "Gleichstellung" hier nicht weit genug.

Die Bezeichnung eines Antidiskriminierungsbeauftragten hingegen, beinhaltet gleich zwei weitergehende Komponenten, die den Überzeugungen der Piraten, nach Gleichberechtigung aller Menschen, viel mehr entsprechen. Denn dieser Begriff umfasst die Vermeidung von Diskriminierungen jeglicher Art durch präventive Maßnahmen und gegenwirkende Maßnahmen.

Die erste Komponente die bei der Bezeichnung eines Antidiskriminierungsbeauftragten umfasst wird, ist die Vermeidung jeglicher Diskriminierung, aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, der äußeren Erscheinung, Religion, sowie anderen Merkmalen und Eigenschaften.

Als zweite Komponente, richtet der Begriff "Antidiskriminierungsbeauftragte" den Blickwinkel auf die Vermeidung von Kategorisierungen von "männlichen" und "weiblichen" Merkmalen. Einzig die Aufmerksamkeit auf die Gleichstellung der Frau zu legen, ist der heutigen modernen Gesellschaft nicht mehr angemessen. Es ist wichtig alle tradierten Rollenbilder aufzuweichen, um jeden Menschen seine freie Entfaltung zu ermöglichen.

WP039 - Einleitung bildungspolitischer Teil Wahlprogramm

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 00:51 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge zur Einleitung des bildungspolitischen Teils seines Wahlprogramms folgenden Antrag beschließen:

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, seine Begabungen zu entfalten und Schwächen abzubauen. Ein gutes Bildungssystem begleitet unsere Kinder auf diesem Weg, indem es an ihrer natürlichen Neugier und ihrem Wunsch zu verstehen anknüpft. Es soll befähigen sich Werte und Wissen eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Unser Leitbild ist ein verantwortlich und selbstbestimmt handelnder Mensch.

Begründung:

Erfolgt mündlich auf dem LPT

WP040 - Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 00:47 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in sein Wahlprogramm einzufügen:

Die Piratenpartei Brandenburg sieht den Staat in der Pflicht

- flächendeckend [1] einen freien Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Schulen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren

[1] (30 min zu Fuß/ÖPNV) und Schule (Grundschule 30 min zu Fuß/ÖPNV)

Begründung:

Es gehört zum Selbstverständnis der Piratenpartei Brandenburg, sich für den Abbau sozialer und formaler Hürden im gesamten Bildungssystem einzusetzen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und materiellen Voraussetzung in umfassender Art und Weise an Bildung teilhaben können. Allgemeine Kompetenzstandards zu definieren soll es Einrichtungen ermöglichen innerhalb eines Spielraums individuelle Schwerpunkte zu setzen. Evaluation ist wichtig damit Eltern, Lehrkräften, pol. Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit Informationen über Bildungseinrichtungen und ihre Programme zuteil werden können.

WP041 - Kinder stärken - Bildungsqualität fördern

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:05 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

Die PIRATEN erkennen insbesondere dort, wo der Staat selbst Träger einer Einrichtung ist, oftmals großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der individuellen Förderung und des Qualitätsmanagements. Das kontinuierliche Wachstum freier Träger ist neben fehlendem Geld unter anderem dem mangelndem Qualitätsbewusstsein in einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen geschuldet.

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert.

Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern.

Für uns heißt das konkret . . .

Begründung:

Fehlendes Qualitätsmanagement und individuelle Förderung sind ausweislich der Schulvisitation die größten Problemfelder an öffentlichen Schulen [1]. Besonders im Fall der individuellen Förderung erkennt man, dass rechtlich verbindliche Vorgaben nicht zum Ziel führen. Sowohl Schulgesetz als auch Rahmenlehrpläne machen klare Vorgaben, welche aber vor Ort immer wieder schlicht ignoriert werden. Administrative Eingriffe seitens des Gesetzgebers oder der Verwaltung haben hier in der Vergangenheit zu selten positive Wirkung entfaltet. Deshalb gilt es Anreize zu setzen sich mit Qualitätsfragen und individueller Förderung auseinanderzusetzen. Gleichzeitig wollen wir den Schulen Spielräume zu verschaffen, sich gemäß den lokalen Bedürfnissen und Möglichkeiten auszurichten. [1] <http://isq-bb.de/Brandenburg.19.0.html>

WP042 - Mehr Geld für Bildung

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:09 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm einzufügen;

. . . mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.

. . . keine weitere Verbeamtung von Pädagogen.

Begründung:

Die in Luckenwalde beschlossene 10% Erhöhung des Bildungsetats ist nicht ausreichend. Allein die steil steigenden Pensionslasten und Zuwendungen an den Versorgungsfond fressen die 10% im Laufe der nächsten Legislatur vollständig auf. Dann können wir zwar den Lehrern sagen: "Die Rente ist sicher", aber wir haben noch nicht 1€ zusätzlich in die Bildung investiert. Eine bedarfsdeckende Finanzierung ist heute nicht gegeben. Stichwort: Vertretungsreserve. Ohne ausreichende Finanzierung lässt sich die Dauermisere an vielen Schulen nicht abstellen. Von kleineren Klassen, Inklusion und IT-Ausstattung ganz zu schweigen. Desweiteren streben wir eine Schulfinanzierung aus der Hand des Landes an. Die Übernahme von Leistungen der Kommunen und Landkreise, wie z.B. sonstiges Personal und Gebäudeunterhalt kostet ebenfalls Geld, führt aber natürlich kommunal zu Entlastungen

WP043 - Personalhoheit an staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:13 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

. . . die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten Kita-Ausschusses.

Begründung: Die Personalhoheit der Einrichtungen garantiert und umfasst das Recht eigenverantwortlich die angestellten Fachkräfte und Servicearbeiter zur Erfüllung der Aufgaben einzustellen zu befördern und zu entlassen.

WP044 - Budgethoheit staatlicher Bildungs- und Erziehungseinrichtungen

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:18 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

. . . die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.

Begründung: Schulen sollen die Möglichkeit haben ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln. Personalentscheidungen in den Schulämtern orientieren sich oftmals eher an externen Verwaltungszwängen als an den konkreten Bedürfnissen der Schule vor Ort. Ähnliches gilt für Investitionsentscheidungen der Träger. Auch hier sollte man unterstellen dürfen, dass die Schule selbst am besten weiß, wo der Schuh drückt.

WP045 - Staatliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu eigenständigen Körperschaften

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:29 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in sein Wahlprogramm aufzunehmen:

. . . Schaffung und Förderung der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.

Begründung:

Wenn Schulen selbstständiger werden sollen, müssen sie rechtsfähig werden, was sie heute nach Schulgesetz in der Regel noch nicht sind. Anschaffungen und Investitionen laufen über den öffentlich-rechtlichen Träger, dessen Teilkörperschaft sie formal sind. Ein Schule könnte sich z.B. keinen neuen Drucker kaufen, selbst wenn sie ein Budget hätte. Vom selbständigen Einstellen des Personals ganz zu schweigen.

WP046 - Das Geld folgt den Kindern - praktische Umsetzung

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:28 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in sein Wahlprogramm aufzunehmen:

. . . eine Finanzierung über kindergebundene Gutscheine durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggf. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands.

Begründung: Eine "Subjektförderung" über kindergebundene Gutscheine, weg von der reinen "Objektförderung" (Finanzierung der Bildungseinrichtung) entspricht dem Grundgedanken der Piraten, nach Transparenz der Bildungseinrichtungen, pädagogische Freiheit, Qualitätssicherung, sowie einer Wahlfreiheit für Eltern und Kinder [1] [2]. Das Qualitätsmanagement, die Bildungsziele und Methoden müssen transparent gehalten werden, damit sich Eltern und Kinder für die jeweilige Einrichtung entscheiden. Zudem muss ständig daran gearbeitet werden, die Qualitätsstandart an andere Bildungseinrichtungen anzupassen bzw. beizubehalten. Zusätzlich werden durch die Finanzierung über kindergebundene Gutscheine Entwicklungen neuer bzw. Weiterentwicklungen effektiver und bevorzugter pädagogischer Konzepte ermöglicht. Die Wahl und Interessen der Eltern und Kinder stehen hier im Mittelpunkt. Durch dieses Finanzierungsprinzip entsteht ein höheres Maß an Chancengleichheit, da die Einrichtungen auf die Aufnahme aller Kinder, unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern, angewiesen sind.

[1] <http://de.wikipedia.org/wiki/Bildungsgutschein> [2] siehe auch Wahlprogramm S.44: <http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/c7/PP-Bund-BTW13v1.pdf>

WP047 - Gesunde Ernährung

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:33 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen: Eine gesunde Ernährung ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Essen in Bildungseinrichtungen soll nach Möglichkeit regional eingekauft werden und biologisch nachhaltig produziert sein. Vorrang soll eine frische Zubereitung am Standort unter Beteiligung der Kinder haben. Wissen um Zubereitung und Inhalt des Essens ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte deshalb in Kindertageseinrichtungen und Schulen entsprechend gewürdigt werden. Ansonsten stehen wir für kostenloses Essen an Schulen und Kindertageseinrichtungen ein, um sicher zu gehen, dass jedes Kind mindestens einmal am Tag eine gesunde warme Mahlzeit zu sich nimmt.

Begründung:

A) Warum Regional, Biologisch und Nachhaltig?

Der regionale Einkauf von Lebensmittel entspricht dem Grundgedanken der Piraten [1] Der Einkauf von biologischen und nachhaltigen Produkten beruht auf einer gesunden und bewussten Ernährung, frei von Pestiziden und anderen Giftstoffen. Nachhaltigkeit beinhaltet einen bewussten Umgang mit den Ressourcen der Erde. Der Einkauf und die Verwendung von regionalen, biologischen und nachhaltigen Lebensmitteln ist Umweltbewusst, fördert die regionale Landwirtschaft und lässt sich gut mit der bewussten Bildung der Kinder über die Ressourcen der Erde und dem Erlernen vom Anbau der Produkte vereinbaren.

B) frische Zubereitung unter Beteiligung der Kinder

Aus zeitlichen und finanziellen Gründen, kennen viele Kinder die frische Zubereitung von Mahlzeiten nicht. Durch die gemeinsame Zubereitung mit frischen Lebensmitteln, Erlernen Kinder weitreichende Kompetenzen und Zusammenhänge von Anbau, Zubereitung, Lebensmittel und Geschmacksvariationen ihrer Mahlzeiten. Zudem fördert eine gesunde Ernährung mit frischen Zutaten das Wohlbefinden, die Gesundheit und formt die Ernährungsgewohnheiten. Hierdurch können Übergewicht und andere Mängel, die durch falsche/einseitige Ernährung entstehen, vermieden werden.

C) kostenloses Essen

Eine gesunde und warme Mahlzeit ist keine Selbstverständlichkeit. Mangelnde Ressourcen stehen dem gegenüber. Da eine gesunde Ernährung entscheidend auf die Fähigkeiten [2] der Kinder Einfluss nimmt, ist die Ermöglichung einer gesunden warmen Mahlzeit unabdingbar, um jedem Kind möglichst gleiche Voraussetzungen zu ermöglichen.

[1] siehe Wahlprogramm S.64: <http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/c7/PP-Bund-BTW13v1.pdf> [2] So liefert Eiweiß zum Beispiel wichtiges Baumaterial für die Bildung von Gehirnzellen. Kalium ist wichtig für den Knochenbau und den Bewegungsapparat...

WP048 - Für mehr Ganztagschulen

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:37 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für mehr ganztägig aufgebaute Schulen aus. Lernen ist ein individueller Prozess. Ganztagschulen schaffen den Rahmen für einen entzerrten und rhythmisierten Tagesablauf, welcher den notwendigen Raum für ein an individuellen Bedürfnissen orientiertes Lernen erst ermöglicht. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben ihre individuellen Lernziele mit entsprechenden Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu erreichen. Hierbei liegt der Fokus stets darin, sie in ihrer Selbsttätigkeit zu stärken. Alle abgeforderten Leistungen müssen von den Kindern während der Schulzeit erbracht werden können. Schule muss sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen können. Dementsprechend ist sie flexibel aufgebaut: zeitlich, räumlich wie auch inhaltlich.

Begründung: Begründung erfolgt mündlich

WP049 - Finanzierung der Schulen ausschließlich durch das Land

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:41 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein.

Begründung: Der Schulbetrieb ist für uns eine Landesaufgabe. Trotzdem gibt es heute eine historisch gewachsene Verantwortung der Kommunen bzw. Landkreise für den Unterhalt der Gebäude, das sonstige Personal und die Ausstattung der Schulen. Die Finanzkraft der Kommunen und Landkreise ist sehr unterschiedlich. Insbesondere im dünnbesiedeltem ländlichen Raum fehlen häufig schlicht die Mittel für notwendige Instandhaltungen und Investitionen. Eine Finanzierung durch das Land führt zu mehr Chancengleichheit beim Schulbetrieb in der Fläche.

WP050 - Für einen verbindlichen Rechtsanspruch begabter Kinder auf Förderung

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:45 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei setzt sich im Rahmen der inklusiven Schule auch für einen individuellen Rechtsanspruch begabter Kinder auf besondere individuelle Förderung ein.

Begründung: Keine Gesellschaft kann es sich leisten seine jungen Talente zu ignorieren, oder gar im Sinne leistungshomogener Klassen nach unten zu drücken. Zwar fordert das Schulgesetz ausdrücklich eine "besondere individuelle Förderung" "besonders begabter" Kinder, aber hieraus lässt sich eben kein Anspruch auf tatsächliche Förderung ableiten. Es gibt im Gegensatz zu Kindern mit Benachteiligungen in Brandenburg weder ein anerkanntes Verfahren zur Feststellung einer "besonderen Begabung, noch existiert überhaupt eine Rechtsgrundlage auf der eine solche Feststellung getroffen werden könnte. Selbstredend stehen Schule in auch keine nennenswerten Ressourcen zur Verfügung um auf Begabungen gezielt einzugehen. Von den statistisch gesehen über 4000 hochbegabten und den vielen Tausend teilbegabten Kindern in Brandenburg ist nur eine handvoll offiziell anerkannt. Und selbst Schulen mit anerkannt hochbegabten Kindern werden zusätzliche Ressourcen vollständig verweigert.

WP051 - Medienerziehung in der Schule

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:48 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Medienerziehung ab der ersten Klasse Teil eines jeden Lehrplans ist. Der Umgang mit neuen Medien und dem Internet ist privat und beruflich heute für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Unsere Kinder wachsen bereits in einer multimedialen Welt auf. Nur sind oftmals weder Eltern noch Schule in der Lage, sie auf ihrem Weg angemessen zu begleiten, sie zu stützen und ihnen Orientierung zu geben. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz und seinen Chancen und Risiken. Hierzu zählen insbesondere auch Datensicherheit und Datenschutz, sowie die Reflexion des eigenen Nutzungsverhaltens.

Begründung: Das Internet wird diesen Planeten stärker verändern als Buchdruck und Industrialisierung zusammen. Schule hat den Stellenwert des Netzes in der zukünftigen Welt unserer Kinder noch nicht ansatzweise verinnerlicht. Das sollten wir ändern. Welche Bedeutung hat das Netz bereits im Leben eines durchschnittlichen Menschen bei uns in Brandenburg im Vergleich mit z.B. Bio, Physik oder Chemie? Gerade weil viele Elternhäuser mit der Thematik maßlos überfordert sind, muss Schule hier so schnell wie möglich fit gemacht werden.

WP052 - Gebärdensprache fördern

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Auftrag der AG Bildung → Version: 04. Juli 2013; 01:52 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) angeboten werden. Entsprechende Lehrkräfte sollen vom Land ausgebildet werden.

Begründung: Erfolgt mündlich

WP053 - Unterrichtsfach Kommunikation und Fortbildung für Lehrkräfte

Antragsteller: Markus Hoffmann → Version: 05. Juli 2013; 23:54 Uhr

Antragstext:

Hiermit wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen, entweder komplett oder modular:

Modul 1: Unterrichtsfach Kommunikation

Kommunikation ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Dabei spielen auch Moderationstechniken und technische Kenntnisse wie der Umgang mit einem Mikrofon eine Rolle. Durch Feedback-Kultur, Rollenspiele, gewaltfreie Kommunikation und Partizipation kann eine konstruktive Kommunikation geübt werden. Wir Piraten in Brandenburg wollen diese Techniken fest als eigenständiges Unterrichtsfach "Kommunikation" in den Schulunterricht integrieren. Dadurch wird auch das Klima an den Schulen positiv beeinflusst werden.

Modul 2: Fortbildung der Lehrkräfte

Selbstevaluationen (Selbsteinschätzungen) der Schulen und Fortbildung der Lehrkräfte über Kommunikationstechniken wollen wir fördern. Ebenso soll es auf freiwilliger Basis zusätzliche Angebote von Supervision, Coaching und kollegialer Beratung für Lehrkräfte geben.

Begründung:

keine

Teil IV.

Positionspapiere

1. Eingereichte Positionspapiere

Q001 - Energieleitbild 2033

Antragsteller: Tojol → Version: 22. Mai 2013; 14:28 Uhr

Vorspann

Wie können wir in 20 Jahren leben? Um zu wissen, wohin wir uns orientieren wollen, ist es sinnvoll, Vorstellungen für eine gute Lebensumgebung in einem gestaltbaren Zeitraum, aber nicht nur als unmittelbare Reaktionen auf aktuelle Ereignisse zu entwickeln. Die folgende Darstellung für den Energiebereich soll idealerweise in einem piratischen Leitbild für Brandenburg in 20 Jahren münden und eine Orientierung für aktuelle, kurzfristige Wahlprogramme bieten. Eine Einbindung ins Grundsatzprogramm oder die Verabschiedung als Positionspapier ist denkbar.

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgenden Antrag an geeigneter Stelle als Positionspapier aufzunehmen:

Leitbild Energie im Jahre 2033

Die folgende Darstellung beschreibt die piratischen Vorstellungen der Energieversorgungsstruktur im Jahre 2033:

Energie wird komplett nachhaltig aus natürlichen Energiequellen gewonnen. Der weitaus größte Teil des Stroms wird mit preiswerten Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen gewonnen und ist für den Endverbraucher bezahlbar.

Praktisch jeder Gebäude-Neubau integriert eine ästhetisch befriedigende Photovoltaikanlage, auch die meisten älteren Gebäude sind je nach Möglichkeit damit ausgestattet. Weit verbreitet sind ebenso gebäudeintegrierte oder -nahe Kleinwindenergieanlagen als wenig störende Vertikalläufer. Bei Einfamilienhäusern produzieren diese Kleinanlagen regelmäßig übers Jahr deutlich mehr Strom, als im Haushalt verbraucht wird, in Mehrfamilienhäusern sowie in Industrie- und Verwaltungsbauten erbringen sie einen nennenswerten Anteil. Der produzierte Strom wird soweit wie möglich selbst genutzt, ansonsten zur Vermeidung von finanziellen Verlusten über den Zeitraum von bis zu einem Monat in leistungsfähigen Akkumulatoren (z.B. auf Lithium-Ionen-Basis) innerhalb des Gebäude-Stromnetzes zum Ausgleich von Last- und Verbrauchs-Unterschieden gespeichert. Überschussstrom wird zu einem garantierten Preis in das allgemeine Stromnetz eingespeist. Von diesem kann umgekehrt Strom zu einem höheren Preis wieder bezogen werden.

Da der mit den Gebäuden erwirtschaftete Strom noch nicht den kompletten Bedarf deckt, erzeugen zusätzlich Photovoltaik-Freiflächenanlagen und Windparks sowie Geothermie- und Wasserkraftanlagen Strom.

Das Gesetz zur Sicherstellung der Versorgung mit nachhaltig gewonnener Elektrizität (SiVNEG) hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst und garantiert Kleinspeisern mit einem Jahres-Überschussstrom von bis zu 15000 kWh die Vorrangspeisung zu einem Festpreis von 0,15 €/kWh. (Anmerkung: Geldgrößen orientieren sich am Jahr 2013 und enthalten keine Umsatzsteuern; die Entwicklung der Steuern, der Inflation und der Bestand der Euro-Währung überhaupt ist derzeit nicht absehbar.) Die gleiche Vorrangspeisung wird genossenschaftlich organisierten Stromerzeugern gewährt, sofern auf das einzelne Mitglied der Genossenschaft nicht mehr als die dreifache durchschnittliche Stromerzeugung im Regulierungsgebiet entfällt. Hierdurch wird die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten erreicht. Der Strom aus von klassischen Kapitalunternehmen betriebenen Anlagen wird zu Marktpreisen vergütet.

Mit dieser Versorgungsregelung ist es gelungen, an 70% der gehandelten, also nicht selbstverbrauchten, elektrischen Energie 50% der Bürger finanziell zu beteiligen, wodurch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht wurde.

Die Niederspannungs-Stromnetze befinden sich weitgehend in kommunaler Hand und werfen bescheidene Gewinne ab. Teilweise werden sie auch von Bürgergesellschaften betrieben; da sie zur Daseinsvorsorge gerechnet werden, sind sie den Kapitalinteressen von Großunternehmen entzogen. Viele Niederspannungs-Netzbetreiber betreiben Stromspeicher zum Ausgleich jahreszeitlicher Unterschiede zwischen Strombedarf und -erzeugung. Der Großteil des zu speichernden Stroms wird in Methan umgewandelt und über die alten Erdgasnetze in Erdgasspeichern eingelagert, ein beträchtlicher Anteil wird auch zum Betrieb von Elektrofahrzeugen mit Wasserstoff genutzt. In ländlichen Gebieten wird Methan ebenfalls aus landwirtschaftlichen Abfallprodukten gewonnen, mangels Förderung lohnt sich der Anbau von Energiepflanzen jedoch nur noch in Ausnahmefällen.

Mit dem so gewonnenen Methan werden in vielen, insbesondere freistehenden, Gebäuden Blockheizkraftwerke zur Gebäudeheizung betrieben, wobei der dabei erzeugte Strom den SiVNEG-Regulierungen unterliegt. In den meisten, insbesondere neueren Gebäuden beruht die Heizung jedoch auf Erdwärme, entweder oberflächennah, oder indirekt über Fernwärmenetze, die durch Tiefenbohrungen betrieben werden.

Der Abbau fossiler Energieträger ist ebenso wie die Kernenergie vollständig beendet worden. Die Energiekonzerne haben ihren Geschäftsbereich auf die Erzeugung nachhaltigen Stroms vor allem durch große Freiflächen-Fotovoltaikanlagen und Windparks, aber auch mit Wasserkraft- und Geothermieanlagen sowie auf die effiziente Speicherung von Strom verlagert. In diesen Bereichen konkurrieren sie mit der regulierten Stromversorgung und ergänzen sie sie. Photovoltaik- und Windenergieerzeugungsanlagen im Industriemaßstab werden vor allem auf (ehemals militärischen) Konversionsflächen und auf Braunkohlefolgefächern betrieben. Sie sind jedoch zeitlich auf 30 Jahre befristet und sind an die Meliorisation des Bodens gebunden. Zur Energiespeicherung betreiben die Energiekonzerne zudem die alten Erdgasspeicher sowie Druckluft- und Lageenergiespeicher. Ringwandspeicher in den gefluteten Tagebauabbaulöchern haben sich aufgrund von Bürgerprotesten und weggefallener Subventionierung bis auf einen Prototypen im Cottbuser Ostsee nicht durchgesetzt.

Diese Versorgungsstruktur hat dazu geführt, daß die Verbraucherpreise für Strom sich nach dem starken Anstieg aufgrund der Verknappung des Erdöls und der Verteuerung des Erdgases im Wesentlichen an den Kosten der Speicherung orientieren und sich auf etwa 0,45 €/kWh eingependelt haben. Dieser stabile Energiepreis bei gleichzeitig weitgehender Selbstversorgung trägt wesentlich zur Befriedung der Gesellschaft bei.

Das staatlich regulierte Übertragungs- und Verteilstromnetz ist gegenüber der Zeit der zentralisierten, fossilen Stromerzeugung deutlich ausgebaut worden, um die lokalen Verbrauchs- und Erzeugungsunterschiede auszugleichen. Jedoch ist der Ausbau im Höchst- und Hochspannungsbereich deutlich unter den Erwartungen geblieben, insbesondere nachdem die Methanisierung im großen Maßstab marktreif wurde und die vorhandenen Erdgasnetze eine effizientere Möglichkeit des Energietransportes boten.

Es läßt sich feststellen, daß die beschriebene nachhaltige Stromversorgungsstruktur im Jahr 2032 die herkömmliche, auf der Verbrennung fossiler Rohstoffe und der Nutzung nicht beherrschbarer Kernspaltungsprozesse beruhende schneller abgelöst hat als bei der Einleitung der Energiewende und bei der erneuten Abkehr vom Atomstrom durch die Merkel-Regierung erwartet. Beigetragen haben hierzu vor allem der Erdöl-Verknappungsschock und eine dadurch ausgelöste breite gesellschaftliche Konsensfindung über die Energieziele, die jetzt weitestgehend umgesetzt sind. Die noch vorhandenen Interessenskonflikte vor allem zwischen der Masse der Kleinenergieerzeuger und den Kapitalinteressen der alten und neuen Energiekonzerne haben stark an Bedeutung verloren, da beide Bereiche ihre stabilisierende Bedeutung im Energiemarkt gefunden haben.

Begründung:

Mit diesem Positionspapier soll plastisch dargestellt werden, wie die Energieversorgung in 20 Jahren aussehen kann. Diese Vision ist aus derzeitiger Perspektive und nicht statisch, sie bietet aber eine Orientierung.

Q002 - Zeitreisen Erforschen Jetzt

Antragsteller: Dante321 → Version: 09. Juni 2013; 19:34 Uhr

Antragstext:

Der Landesverband möge beschließen dass sich der LV Brandenburg für die Erforschung von Zeitreisen einsetzen. Zeitreiseerforschung ist eine Zukunftstechnologie, mit der wir uns an die Grenzen der Physik wagen. Daher ist es eine Ehrensache, dass wir uns an diese Grenzen herantasten.

Begründung: Zeitreisen einfach unschlagbar !!!!

Q003 - Recht auf informelle Selbstbestimmung

Antragsteller: Holger_DOS → Version: 12. Juni 2013; 04:24 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschlands, Landesverband Brandenburg möge folgende Aussage als offizielles Positionspapier verabschieden:

Die Piratenpartei setzt sich für die informelle Selbstbestimmung aller Bürger ein. Jedem Bürger soll der Zugang zur Nutzung der vorhandenen Medien der Nachrichtenübermittlung offenstehen und frei zugänglich sein. Ihm steht die Wahl frei, welches Medium er zur Übermittlung seiner Informationen benutzt. Ein Zwang zur Nutzung eines bestimmten Mediums ist unzulässig.

Begründung:

In verschiedenen Gesetzen wird zwischenzeitlich ein elektronischer Versand, die elektronische Speicherung und der entsprechende Abruf hochsensibler Daten vorgeschrieben (z.B. § 18 Umsatzsteuergesetz, §§ 5b, 25, 39 ff., 41a Einkommensteuergesetz, § 60 Einkommensteuerdurchführungsverordnung jeweils in Verbindung mit § 150 Abgabenordnung). Erlaubte Ausnahmen betreffen nur Personen, die ohne größeren finanziellen Aufwand keinen Zugang zum Internet haben oder die nach ihren individuellen Kenntnissen und Fertigkeiten zur Nutzung nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind. In anderen Fällen hat man überhaupt keinen Einfluß auf die Behandlung seiner Daten (z.B. Lohnsteuerabzugsmerkmale, Rentenbezüge).

Dies widerspricht dem Gedanken der informellen Selbstbestimmung.

Q004 - Recycling

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 21. Juni 2013; 21:22 Uhr

Antragstext:

Kryo-Recycling bietet sich als ein vielversprechendes Verfahren an, dass insbesondere zum Recycling komplexer, vor allem kunststoffbasierter, Abfälle Vorteile bietet. Durch Einsatz von Kälte werden die Materialien schonend voneinander getrennt und statt ihrer thermischen Verwertung in der Müllverbrennung wieder nutzbar gemacht. Hier könnte sich eine Chance ergeben, in die Kombination mit absehbar sporadisch zu erwartendem Überschußstrom aus nicht erschöpflichen Quellen eine entsprechende Recyclingindustrie mit Chancen zur Technologieführerschaft in Brandenburg zu etablieren.

Begründung:

keine

Q005 - Staatlich geförderte Antibiotikaforschung

Antragsteller: Mtaege → Version: 26. Juni 2013; 19:16 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier aufnehmen:

Die Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg setzt sich für eine staatliche geförderte Antibiotika-Forschung ein. Diese Forschungsergebnisse sollten mit Open Access und Open Data verfügbar sein, da sie uns als Menschheit hilft, dass wir multiresistenten Bakterien standhalten.

Begründung:

Die Pharmaindustrie hat es über Jahre verschlampt, in diesen Forschungszweig zu investieren. Über Resistenzbildung sind aber Multiresistente Bakterien entstanden, die nun uns als Gesellschaft bedrohen. Daher ist eine Intensivierung dringend erforderlich. Daher sollten wir Piraten uns dafür einsetzen, dass die Forschung von der Gesellschaft/Staat wieder aufgenommen wird.

Quellen: Wie Antibiotika-Resistenzen den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden

<http://www.scilogs.de/wblogs/blog/fischblog/biologie/2013-03-19/resistenzen-gesundheitssystem>

Infektionen Zurück ins Mittelalter

<http://www.newscientist.de/inhalt/bakterien-kampf-gegen-antibiotika-resistenzen-a-890352.html>

Q006 - Zukunft(s) Land Brandenburg

Antragsteller: TheBug, Tojol, kannstewissen → Version: 26. Juli 2013; 22:41 Uhr

Antragstext:

Der Landesverband soll für die Landtagswahl in 2014 eine umfassende Zukunftsvision für das Land Brandenburg entwickeln. Dieses Positionspapier dient als Ausgangspunkt für die Erstellung eines umfassenden Strukturprogrammes mit dem die vorhandenen Potenziale genutzt werden können und das Land aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wird. Um das Thema weiter zu vertiefen ist kurzfristig eine erste Konferenz unter Einbeziehung von Berlin abzuhalten. Abhängig von den Ergebnissen sind weitere Konferenzen abzuhalten, um ein umfassendes und tragfähiges Konzept zu erarbeiten.

Rohentwurf für eine Zukunftsvision für Brandenburg

Brandenburg ist durch eine in der Fläche alternde und schwindende Bevölkerung und geringe Industrialisierung mit wenig Vielfalt gekennzeichnet. Prosperierende Regionen gibt es nur in wenigen Ballungsgebieten und im direkten Umfeld von Berlin. Die bisherige Politik mit ihrer Konzentration auf Großprojekte scheint unfähig die vorhandenen Potenziale zu nutzen und betreibt Infrastrukturabbau, statt Chancen zu realisieren.

Schulen werden wegen zu weniger Schüler geschlossen und Hochschulen werden fusioniert um Geld zu sparen. Qualitativ hochwertige Schulen und Hochschulen als Standortvorteil zu fördern wäre hier der richtige Ansatz.

Die große Fläche mit niedriger Bevölkerungsdichte bietet viele Möglichkeiten der Nutzung. Platz für ökologische Landwirtschaft, Raum für Erholungsgebiete und Naturlandschaften, Optionen für Expansion Wirtschaft und Infrastruktur ohne Beeinträchtigung von Anwohnern. Gleichzeitig stellt die Fläche Herausforderungen an die Infrastruktur, lange Wege müssen durch innovative Ideen und moderne Kommunikationstechnik vermieden werden.

Aus der vorhandenen Situation sehen wir eine einmalige Chance, die Kombination von großen Flächen, starker Landwirtschaft, guten Hochschulen, einem bereits sehr hohen Anteil erneuerbarer Energien und der Lage der deutschen Hauptstadt in der Mitte des Landes dazu zu nutzen eine nachhaltige und leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen müssen einige bestehende Strukturen verändert werden. Dabei wird es eine Verschiebung von Arbeitsplätzen geben, aber netto einen deutlichen Zuwachs und eine bessere Verteilung in der Fläche. Damit kann mehr Lebensqualität durch kürzere Arbeitswege gewonnen und ein Anreiz gegen den Bevölkerungsschwund in der Fläche geschaffen werden. Ein Schlüsselfaktor dafür wird der Umbau der Energieversorgung auf komplette Nachhaltigkeit sein. Die dafür notwendigen Anlagen und gezielte Verbesserung von Standorten schaffen neue Arbeitsplätze.

Der massive Braunkohleabbau zum Zweck der Verstromung im Süden des Landes schafft mehr Probleme, als er Vorteile bietet und hat seine Berechtigung nur noch in der Vermeidung eines allzu abrupten Strukturwechsels. Abtragen ganzer Ortschaften, dauerhafte Zerstörung von Landschaft, Verockerung der Spree, starker Ausstoß von CO_2 und anderer Schadstoffe sowie der Zerstörung von touristischen und landwirtschaftlichen Potenzialen sind die Begleiter einer veralteten Technologie zur Stromerzeugung. Durch massiven Abbau der Arbeitskräfte hat die Braunkohle in Brandenburg nur noch ca. 5000 Beschäftigte, die erneuerbaren Energien bieten bereits ein Vielfaches der Arbeitsplätze.

Mit den erneuerbaren Energien ist bereits jetzt eine Spitzenerzeugungskapazität vorhanden, die die Netzkapazität von Brandenburg überfordert. Bei gleichzeitig guten Wind- und Sonnebedingungen kann der erzeugte Strom also nicht abtransportiert werden. Der Bau von Speichern und die lokale Ansiedlung von verbrauchsflexibler energieintensiver Industrie sind naheliegende Optionen um dieses Problem in eine Chance zu verwandeln.

Anstatt also weiter die Landschaft für Braunkohle zu vernichten, sollen die vorhandenen Flächen für den Bau nachhaltiger Anlagen und Speicher verwendet werden. Dabei ist auch der Bau von Großspeichern z.B. unter Nutzung der vorhandenen Erdgas-Transport- und Speichersysteme oder nach dem Konzept des Ringwallspeichers in Erwägung zu ziehen. Die durch den Braunkohletagebau zerstörten Flächen könnten für den Bau von Speichersystemen sowie Solar- und Windparks genutzt werden.

Zur Umwandlung von Überschussstrom in Wasserstoff bzw. Methan (Power-to-Gas) zur Einspeisung in die Erdgasnetze existieren bereits einsatzfähige Prototypen in Brandenburg; derartige Entwicklungen durch KMUs benötigen zur Hochskalierung bei fallenden Stückkosten vor allem verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Speicher- und Erzeugungsanlagen sollen über das gesamte Landesgebiet verteilt aufgebaut werden. So wird der Transportweg für Strom verkürzt und es entstehen in der Fläche neue Arbeitsplätze. Die Wertschöpfung wird so regionalisiert und die Konzentration auf wenige Ballungsgebiete reduziert.

Da absehbar eine massive Spitzen-Übersversorgung des Landes mit Strom erreicht werden wird, ist Berlin in diese Planung mit einzubeziehen. Die Stadt hat relativ wenige Möglichkeiten, selber große nachhaltige Erzeugungskapazitäten abgesehen von Photovoltaik aufzubauen.

Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien stellt absehbar die einzig denkbare effektive Preisbremse für Energiekosten dar, und sie ermöglicht gleichzeitig über ihre dezentrale Erzeugung eine Partizipation weiter Bevölkerungsschichten, sei es durch eigene Kleinanlagen oder durch die Beteiligung und auch Mitbestimmung bei genossenschaftlich organisierten Modellen, wodurch eine dauerhaft hohe Akzeptanz gesichert wird.

Von einer zeitweiligen Übersversorgung kann auch energieintensive Industrie profitieren, die gezielt in der Lage ist, kurzfristig hohe Angebote von günstiger Energie zu nutzen. Durch die Schaffung symbiotischer Wirtschaftsparks sollen Unternehmen angesiedelt werden, die voneinander profitieren, z.B. indem Prozessabwärme oder -kälte und ggf. Abfallprodukte weitergereicht werden an benachbarte Betriebe, die diese weiter nutzen können.

Mit solchen Nutzungsketten werden zum Beispiel Konzepte wie das Kryorecycling attraktiv. Kryorecycling verwendet Tieftemperatur um Stoffe voneinander zu trennen. Kombiniert man dieses z.B. mit der Gewinnung von technischen Gasen und versorgt die Anlagen vorzugsweise mit Überschussstrom aus erneuerbaren Quellen, so steigt die Wirtschaftlichkeit erheblich.

Durch seine Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien, und in der Nutzung des breiten energiepolitischen Fachkenntnis gerade im Süden hat Brandenburg gute Voraussetzungen, in einer Welt, die nach Alternativen sucht, eine positive - auch wirtschaftlich verwertbare - Vorreiterrolle zu spielen.

Sofern Förderungen für diese Maßnahmen vergeben werden sind diese zu aufzubauen, dass keine Subventionsheuschrecken damit angelockt werden, sondern nachhaltig handelnde Unternehmen, die dem Standort treu bleiben.

Wir brauchen Infrastruktur und gute Lebensbedingungen im gesamten Land, nicht nur in wenigen Ballungsgebieten. Die Probleme in Brandenburg sind teilweise groß, aber die Potenziale sind es auch, was fehlt ist ein entschlossener Schritt weg von der Problemfixiertheit hin zu einer Zukunftsvision und entschlossenem Eintreten dafür.

Begründung:

Der Politik in Brandenburg fehlt es an einer Vision für die Zukunft. Man ist erstarrt in den Problemen des hier und jetzt, unfähig die Weichen zu stellen für die nächsten Jahrzehnte.

PIRATEN stehen für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, also lasst uns danach handeln und einen Weg für die Zukunft finden.

Teil V.

Sonstige Anträge

X001 - Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Antragsteller: RicoB CB → Version: 09. März 2013; 08:41 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge folgenden sonstigen Antrag beschließen:

Die PIRATEN Brandenburg distanzieren sich mit aller Entschiedenheit von allen antidemokratischen, rechtsextremistischen und/oder rechtspopulistischen Parteien, Organisationen und Personen. Ehemalige, aber auch aktive, Mitglieder solcher Parteien oder Organisationen, die sich nicht klar und unmissverständlich vom menschenverachtenden Gedankengut solcher Parteien oder Organisationen distanzieren, sind in der Piratenpartei Brandenburg nicht erwünscht.

Die PIRATEN Brandenburg rufen jeden Piraten dazu auf, sich entschlossen gegen Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zu stellen. Parteien, Organisationen und Personen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, Wertvorstellungen oder körperlicher Merkmale diskriminieren, dürfen weder Raum noch Gelegenheiten erhalten, ihr Gedankengut zu verbreiten.

Außerdem spricht sich die Piratenpartei Brandenburg klar dagegen aus, dass Mandatsträger (auf allen politischen Ebenen) - die Mitglied der Piratenpartei Deutschland sind - Fraktionen mit antidemokratischen, rechtsextremistischen und/oder rechtspopulistischen Personen bilden. Auch gemeinsame Fraktionen mit Mandatsträgern, die bei solchen Parteien oder Organisationen Mitglied waren und sich nicht klar und unmissverständlich vom menschenverachtenden Gedankengut distanzieren, sind von Seiten der PIRATEN Brandenburg nicht erwünscht.

Begründung: Der Antragstext wurde (bei vergleichsweise hoher Beteiligung) im Liquid Feedback bereits mit 89 % positiv beschieden (siehe <https://lqpp.de/bb/initiative/show/99.html>).

X002 - Enterprise

Antragsteller: Mtaege → Version: 29. April 2013; 17:53 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgendes beschließen.

Wir Piraten machen uns dafür stark, dass binnen 20 Jahre eine voll funktionsfähige Enterprise gebaut wird. Diese wird mit dem derzeitigen technischen Stand im Orbit zusammengebaut und soll der Erforschung des Weltraums, der Besiedelung des Mars und dem Aufbau eines interplanetaren Internet dienen. Diese Aufgabe wird alle 33 Jahre wiederholt und eine weitere, nach dem neusten Stand der Technik, aufgebaut und die Alte modernisiert.

Begründung: Idealistische Begründung: Mit den heutigen technischen Möglichkeiten könnten wir solche Projekte realisieren. Diese würden dann nicht nur die Innovation fördern, sondern noch was viel wichtiger ist, die nachfolgenden Generationen zu eignen Hochleistungen inspirieren. Die heutige Wissenschaftler und Ingenieure wurden von der Mondlandung für die Forschung begeistert. Für unsere Generation fehlt ein solches Projekt. Daher kann auch die Schaffung einer Utopie dazu führen, dass sich unsere Generation wieder Dinge traut, die man einst für unmöglich hielt.

Kommerzielle Begründung: Allein schon durch solche Projekte wie Mars One, wird es erforderlich, dass wir ein interplanetarisches Internet aufbauen! Wie sonst sollte man auch die MarsOne Show mit klingonischen Untertiteln und das störungsfrei auf die irdischen Schirme bringen? Auch eine weiter gehende Besiedelung des Mondes und Mars macht ein solches Projekt notwendig. Dank der Öffnung für die kommerzielle Raumfahrt wird ebenfalls ein solches Raumschiff, sowie ein solches Internet gebraucht. Es gibt also viele Gründe, dass zu tun. Aber der wichtigste Grund: Es ist verrückt und daher packen wir es an!

Links:

<http://www.buildtheenterprise.org/>

<http://neuerdings.com/2012/05/14/build-the-enterprise-ingenieur-will-in-20-jahren-das-raumschiff-enterprise-startklar-haben/>

http://www.nasa.gov/mission_pages/station/research/experiments/730.html

<http://applicants.mars-one.com/>

X003 - Einführung eines Antidiskriminierungsbeauftragten

Antragsteller: Mandy → Version: 05. Juli 2013; 22:24 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge einen Antidiskriminierungsbeauftragten wählen. Der Landesparteitag möge bei der Auswahl nur diejenigen Mitglieder der Piratenpartei Deutschland berücksichtigen, die kein innerparteiliches Amt und kein politisches Mandat innehaben. Des Weiteren möge der Landesparteitag diejenigen Mitglieder bevorzugen, die über Fachwissen über bzw. Erfahrungen mit diskriminierenden Strukturen verfügen. Als Vorgabe für die Tätigkeit der Beauftragten möge er beschließen: Das Ziel des Beauftragten ist es, Rassismus, Sexismus, Homophobie,

Ableismus, Transphobie, Lookism, Klassismus und jegliche weitere Form von Diskriminierung innerhalb der Piratenpartei zu bekämpfen. Er ist Ansprechpartner für Opfer und Zeugen von Diskriminierung innerhalb der Piratenpartei, bereitet falls notwendig, Ordnungsmaßnahmen gegen Personen vor, die diskriminierendes Verhalten an den Tag legen und koordiniert bzw. unterstützt generell Maßnahmen gegen Diskriminierung in der Partei. Dazu gehört es auch, Richtlinien zu entwerfen, wie Sensibilität für diskriminierende Mechanismen erreicht und ihnen vorgebeugt werden kann, sowie anschließend die Einhaltung dieser Richtlinien zu überprüfen. Des Weiteren ist darauf hinzuwirken, dass die Teilhabe in der Piratenpartei frei wird von Barrieren und sozialen Hürden. Der Beauftragte veröffentlicht vor der Neuwahl des Landesvorstands einen Bericht, in dem Erfolge wie Misserfolge seiner Tätigkeit sowie weiterhin bestehende Probleme ausführlich darzulegen sind.

Begründung: Der Antidiskriminierungsbeauftragte soll nicht wegen "aktueller" Fälle berufen werden. Es geht stattdessen vielmehr darum bei zukünftigen Fällen einen Ansprechpartner zu haben. Die Piraten Brandenburg brauchen ein geordnetes Vorgehen gegen Diskriminierung. Ein Klima, in dem Menschen, die auf Diskriminierung und deren Relativierung aufmerksam machen, oftmals als parteischädigend bezeichnet oder empfunden werden, macht es erforderlich, dass sich von offizieller Seite dieses Problems angenommen wird. Ein solcher Beauftragter ist zunächst einmal Ansprechpartner für die Opfer von Mobbing und Diskriminierung. Er kann auf Wunsch aber auch vermitteln und so verhindern, dass alle Fälle "sofort" rechtlich vor Parteischiedsgerichten oder Gerichten geklärt werden müssen. Er kann vertraulich arbeiten und zwischen Tätern und Opfern vermitteln. Ein Antidiskriminierungsbeauftragter verhindert auch, dass die Piratenpartei gezwungen ist, die Opfer ausschließlich an die Polizei & Schiedsgerichte zu verweisen und stellt ein wichtiges Medium der Konfliktschlichtung dar. Sollte der Antidiskriminierungsbeauftragte erfolgreich sein, könnte im besten Fall sogar negative Medienberichte über ungeklärte Vorwürfe & Mobbing innerhalb der Piratenpartei (SpOn & Popcornpiraten lassen grüßen) verhindert werden. Ein ähnlicher Antrag wurde bereits an den Bundesvorstand gestellt und angenommen: <http://wiki.piratenpartei.de/Bundesvorstand/Umlaufbeschluss/133> LQFB Umfrage für den BuVo: <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/4102.html>

X004 - Beisitzer mit Funktionsbezeichnungen abschaffen.

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 22:32 Uhr

Antragstext: Es werden keine Beisitzer mit Funktionsbezeichnungen gewählt.

Begründung: Auf dem Landesparteitag 2011 in Frankfurt (Oder) haben wir die Funktionsbezeichnungen a) Politischer Geschäftsführer b) Generalsekretär eingeführt. Dies war eher kontraproduktiv. Der Landesvorstand sollte in seiner Geschäftsordnung selbst entscheiden, wer welche Aufgaben übernimmt. Insbesondere die Trennung von Finanz- und Mitgliederverwaltung hat sich als sehr hinderlich erwiesen.

X005 - Landesgeschäftsstelle erhalten

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 22:36 Uhr

Antragstext: Der Landesverband Brandenburg benötigt zwingend eine Landesgeschäftsstelle.

Begründung: Immer wieder wird die Notwendigkeit einer Landesgeschäftsstelle in Abrede gestellt. Daher sollte der Landesparteitag Klarheit schaffen. Weitere Begründung erfolgt mündlich auf dem Landesparteitag.

X006 - Keinen Datenpool schaffen.

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 23:15 Uhr

Antragstext: Der Landesverband Brandenburg lehnt es ab, Mitgliederdaten in einem Datenpool zu sammeln.

Begründung: Laut §2 Absatz 2 Bundesatzung führt die Bundespartei ein zentrales Piratenverzeichnis. Ziel ein solchen Verzeichnisses ist die eindeutige Zuordnung einer Identität zu einer Mitgliedsnummer, um den Erfordernisse des Parteiengesetzes nach § 24 Absatz 3 Satz 2 Parteiengesetz zu erfüllen. Dieses Erfüllungsgebot kann sehr einfach durch die datensichere Zusammenführung von Zuwendungen der einzelnen Mitglieder eines Landesverbandes im Sinne des § 24 Absatz 3 Satz 2 Parteiengesetz erreicht werden, ohne dass diese eine zentrale Speicherung voraussetzt. Die Bundespartei ist nicht für die Verwaltung der Mitglieder zuständig. Zuständig ist die niedrigste Gliederung gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 1 Bundessatzung. Alle Daten, die über diesen Zweck hinaus erfasst werden, sind nicht zu erfassen bzw. zu löschen.

X007 - Der Landesverband Brandenburg ist rechtsfähig.

Antragsteller: Bastian → Version: 05. Juli 2013; 23:30 Uhr

Antragstext: Der Landesverband Brandenburg stellt fest, dass er rechtsfähig ist.

Begründung: Sofern eine Partei nicht ins Vereinsregister eingetragen ist, ist sie nach § 3 Parteiengesetz rechtsfähig und nach § 37 Parteiengesetz eine Körperschaft. Laut Ipsens Kommentar zum Parteiengesetz Auflage 2008 Randnummer 15 ist die Rechtsfähigkeit sogar ab der Kreisebene der Fall. Daher entfalten Anweisungen des Bundesvorstandes der Piratenpartei Deutschland an den Landesverband Brandenburg keine Wirkung.

X008 - Beitragseinzug durch den Landesverband

Antragsteller: Bastian → Version: 06. Juli 2013; 00:45 Uhr

Antragstext: Der Landesverband Brandenburg ist und bleibt selbst für den Einzug der Mitgliedsbeiträge zuständig.

Begründung: Es gibt Bestrebungen des Bundesvorstandes, die Mitgliedsbeiträge selbst (zentral) per Lastschrift einzuziehen. Dieses Verfahren untergräbt die Souveränität des Landesverbandes Brandenburg, da er keinen Zugriff mehr auf die dringend benötigten Einnahmen hat. Insofern wird er abhängig davon, welche Beträge der Bundesverband an den Landesverband abzüglich irgendwelcher Aufwendung weiterleitet.

Gegen einen Einzug der Mitgliedsbeiträge per Lastschrift durch den Landesverband selbst bestehen grundsätzlich keine Bedenken, allerdings bestehen Kostenrisiken wegen geplatzter Lastschriften. Im Übrigen kann der Landesverband über die eingegangenen Gelder (per Lastschrift) solange nicht verfügen, bis das Kreditrisiko nicht ausgekehrt ist. Kosten für den Einzug per Lastschrift fallen ebenfalls an.

X009 - Ablehnung von Facebook etc.

Antragsteller: Tojol → Version: 13. Juli 2013; 11:14 Uhr

Antragstext: Den Gliederungen und Mitgliedern der Piratenpartei Brandenburg wird empfohlen, auf eine Nutzung von Facebook zum Zweck der Selbstdarstellung zu verzichten oder sich dort auf einen Verweis auf Internetpräsenzen unter eigener Hoheit zu beschränken.

Diese Empfehlung gilt ebenso für vergleichbare kommerzielle "soziale Netzwerke".

Begründung: Eine Selbstdarstellung der Piratenpartei oder von Piraten auf Facebook o.ä. verleitet Dritte dazu, dieses "soziale Netzwerk" aktiv zu nutzen, und stellt es als harmlos hinsichtlich des Datenschutzes dar. Diesen Eindruck sollte die Piratenpartei nicht erwecken.

Dies ist lediglich eine Empfehlung, da niemandem das Recht abgesprochen werden soll, selbständige Entscheidungen zu treffen, solange dies nicht zwingend erforderlich ist. Jedoch stellt diese Empfehlung eine Vorgabe dar, gegen die zu verstoßen gut begründet werden sollte.

X010 - Orte zukünftiger Landesparteitage

Antragsteller: Holger_DOS → Version: 14. Juli 2013; 12:06 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, daß zukünftige Landesparteitage ausschließlich in Orten stattfinden sollen, die von Berlin aus direkt -das heißt ohne zusätzliches Umsteigen- mit der Bahn erreichbar sind.

Begründung: Der diesjährige Ort für den Landesparteitag ist verkehrstechnisch sehr ungünstig gelegen. Insbesondere, wer auf den öffentlichen Personen(-nah und fern-)verkehr angewiesen ist - sei es aus tatsächlichen, rechtlichen oder gesundheitlichen Gründen - erreicht den Ort des Landesparteitages nur mit unzähligen Umsteigen. Hierbei wird gerade das Umsteigen in Cottbus zum Glückspiel, da dort ankommende und abfahrende Züge fast gleichzeitig den Bahnhof erreichen bzw. verlassen. Dies ist nicht zumutbar, wie jeder bestätigen kann, der auf dem Bahnhof Cottbus bereits umsteigen mußte.

Teil VI.

Zurückgestellte und unbehandelte Anträge des LPT 2012.1

1. Zurückgestellte und unbehandelte Wahlprogrammanträge

WP004z - Legalisierung von Cannabis

Antragsteller: Kdr Kay Drews → Version: 10. Juli 2012; 08:46 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Legalisierung von Cannabis und die Abschaffung der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten ein.

Begründung: In Brandenburg konsumieren heute viele Menschen zumindest gelegentlich Cannabis als Genussmittel. Cannabis ist damit als Volksdroge in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Etwa 75 Millionen Euro werden pro Jahr für die Verfolgung von Cannabiskonsumenten ausgegeben.

Alle bisherigen Versuche, den Schwarzmarkt einzudämmen, führten zu immer weiteren Einschränkungen der Grundrechte: Tausende Abhörmaßnahmen werden gegen vermeintliche Drogendealer angeordnet, daraus erwachsen aber regelmäßig auch Verfahren gegen einfache Konsumenten. Durch lange aufbewahrte so genannte "taktische Hinweise" der Polizei entsteht faktisch eine zentrale "Kifferdatei", die zum Teil nur auf Vermutungen basiert. Die Einstufung von z.B. Bahnhöfen und Parks als "gefährliche Orte" ermöglicht verdachtsunabhängige Personenkontrollen. Da die Rechtsprechung undurchsichtig ist, werden Besitzer von Kleinstmengen ersatzweise von den Führerscheinbehörden schikaniert. Selbst Patienten mit lebens einschränkenden Krankheiten, denen Cannabis als Medikament nachweislich hilft, werden Opfer der Strafverfolgung.

Als PIRATEN werden wir uns unserer Verantwortung stellen und den Schwarzmarkt beseitigen. Das aufgrund der Verbots politik entstandene kriminelle Milieu muss nachhaltig ausgetrocknet werden: Herstellung, Verkauf und Konsum von Hanfprodukten muss aus der Kriminalität herausgeholt und den Mechanismen des Jugend- und Verbraucherschutzes unterworfen werden. Schimmelpilz und gesundheitsgefährdende Beimengung von Streckmitteln, wie z.B. Vogelsand, Backmischungen, Haarspray, Dünger, synthetische Stoffe oder Blei müssen verhindert werden.

Wie vorliegende Erfahrungen mit der Entkriminalisierung aus Portugal, den Niederlanden und Tschechien zeigen, ist langfristig mit geringeren Konsumentenzahlen zu rechnen.

Im Gegensatz zu den Niederlanden, wo die Coffee Shops aus illegalen Quellen kaufen müssen, hat Brandenburg hier eine besondere Chance auf legal angebauten Hanf durch eine bestimmte Anzahl an zertifizierten Landwirten. Hierdurch lassen sich die Vertriebswege kontrollieren und die Qualität kann überprüft werden. Der Zuschuss zur organisierten Kriminalität durch den illegalen Handel mit Cannabis wird so verdrängt werden.

Als Vorlage des Antrages diene das Landesprogramm der Piratenpartei in Hessen.

WP008z - Drogenprävention an Brandenburger Schulen

Antragsteller: Kdr Kay Drews → Version: 10. Juli 2012; 08:45 Uhr

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen flächendeckenden Drogen- Präventionsunterricht an Schulen ein.

Begründung:

Die Maßnahmen zur Drogenprävention an Schulen sind unzulänglich. Auch der Wissensstand des lehrenden Personals erweist sich oft als sehr gering. Einzelne Pilotprojekte haben gezeigt, wie wichtig und nachhaltig eine gute Prävention bereits im Grundschulalter ist. Jedweder Erstgebrauch, ob bei legalen oder illegalen Substanzen, nahm in den teilnehmenden Gruppen gegenüber den Vergleichsgruppen deutlich ab. Die erzielten Erkenntnisse und Erfolge tragen die Kinder wie selbstverständlich in die weiterführenden Schulen und ihren Freundeskreis. So wird für eine Multiplikation gesorgt, die Unterricht alleine kaum leisten kann. Die Piratenpartei Brandenburg regt an, auf der Basis solcher Beispiele mit Vorbildcharakter ein landesweit flächendeckendes Informations- und Aufklärungskonzept zu entwickeln. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf einheitliches und sachliches Lehrmaterial sowie eine vorbereitende Schulung des Lehrpersonals gelegt werden. So wird an Bildungseinrichtungen ein kompetenter Unterricht ermöglicht. Auch externe Fachreferenten sollen Teil dieses Konzepts werden, um besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern zu vertiefen. Grundgedanke und Ziel ist es Vorurteile gegen Wissen auszutauschen.

WP020z - Medikamente in der Tierzucht

Antragsteller: Kdr Kay Drews → Version: 11. Juli 2012; 07:23 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Absatz zu ergänzen:

Medikamenteneinsatz in der Tierproduktion

Durch den Druck des Handels sind die landwirtschaftlichen Erzeuger gezwungen, immer mehr Produkte zu immer günstigeren Preisen anzubieten. Das ist nur möglich durch Produktionssteigerung auf begrenzten Flächen und führt zu einem massiven Einsatz von Medikamenten in der Tierproduktion.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass durch den immer stärkeren Einsatz von Antibiotika, den zu geringen Haltungsflächen und hygienischen Umstände bei der Unterbringung der Tiere multiresistente Keime entstehen, die der Gesundheit von Mensch und Tier massiv schaden. Wir werden dafür sorgen, dass jede verabreichte Dosis offen gelegt werden muss und Jedem diese Information an leicht zugänglicher Stelle zur Verfügung stehen muss. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Tiere und tierische Produkte nur dann verarbeitet werden dürfen, wenn zuvor verabreichte Medikamente bis auf festgelegte Grenzwerte auch abgebaut sind.

Desweiterem ist die prophylaktische Medikamentengabe zu verbieten, wenn sie nur dadurch notwendig wird, durch falsche Haltung entstandene Krankheiten oder Schäden zu verhindern oder zu reduzieren oder nur dazu dient die wirtschaftliche Leistung der Tiere weiter anzuheben. Stattdessen sollen nur tatsächlich erkrankte Tiere gemäß dem Grad ihrer Erkrankung nach dem Urteil eines fachkundigen Tierarztes behandelt werden und die prophylaktische Gabe von Medikamenten soll nur bei begründeten Fällen, die der Abwendung größerer Schäden dient, erfolgen.

Zu diesem Zweck befürworten wir regelmäßige Kontrollen der tierischen Nahrungsmittel und die Veröffentlichung der Ergebnisse an zentraler Stelle.

Begründung: Medikamente sollten nicht vorbeugend dem gesamten Tierbestand verabreicht werden um damit unwürdige Massenhaltungsformen erst zu ermöglichen. Desweiteren ist eine Belastung von Nahrungsmitteln mit Medikamenten-Rückständen nicht wünschenswert, da gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen werden können. Bei Antibiotika kommt noch hinzu, dass deren Wirksamkeit durch Resistenzbildung eingeschränkt wird, welche durch die Gabe an Nutztiere noch beschleunigt wird.

<http://www.tierrechteportal.de/Skandale/frames.php?url=Gammelfleisch01.html>

WP023z - Gesundheitswesen

Antragsteller: Hendrik → Version: 11. Juli 2012; 14:39 Uhr

Antragstext: Die Piratenpartei LV Brandenburg möge auf dem Landesparteitag folgendes zur Aufnahme in das Wahlprogramm zur Landtagswahl beschließen:

Grundlage einer Neu-Strukturierung des deutschen Gesundheitswesens

Die Piratenpartei Brandenburg erkennt das Gut "Gesundheit" als eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung mit besonderer Bedeutung an. Auf dieser Grundlage wird eine Ökonomisierung und Gewinnorientierung des Gesundheitssystems abgelehnt.

Daraus folgen auf Landesebene die Zielsetzungen

- a) (Re-) Kommunalisierung aller Krankenhäuser, Medizinischer Versorgungszentren (MVZ), ambulant tätigen Ärzten, Rettungsdiensten und Übernehmer aller anderen medizinischen Leistungserbringer in den öffentlichen Dienst (Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Apotheker usw.).
- b) Für jede mit der GKV abgerechnete Leistung erhält der Patient eine dementsprechende monatliche Aufstellung und Kosten-Abrechnung. Im Sinne einer persönlichen gesellschaftlichen Verantwortung sind Diskrepanzen zwischen Abrechnung und tatsächlicher Leistung vom Patienten zu melden. Im Zweifelsfall wird ebenfalls die Sinnhaftigkeit medizinischer Leistungen überprüft (entspricht heutigem "Medizinischem Dienst der Krankenkassen").
- c) Abschaffung der kassenärztlichen Vereinigung (KV)
- d) Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Kammer
- e) Entwicklung von Konzepten und Anreizen, um dem bestehenden Ärzte- und drohendem Pflegemangel gerade in den ländlichen Gebieten entgegen zu wirken
- f) Entwicklung eines Programms zur Stärkung der Patienten-Eigenverantwortung mit Implementation dessen in schulische und außerschulische Ausbildungspläne
- g) Auf Bundesebene Unterstützung von Initiativen
 - zur Einrichtung einer staatlichen Behörde, die Qualitätssicherung und -kontrolle, Überprüfung der Patientenrechnungen sowie Bedarfsermittlungen und Ressourcenplanung im Gesundheitswesen übernimmt. Außerdem sollte hier eine transparente Diskussion und Festlegung der GKV-Leistungen erfolgen.
 - zur Umstrukturierung des Krankenkassensystems hin zu einer einzigen "Bürgerversicherung", in der alle verpflichtend versichert sind.

Begründung: Die Einführung und Entwicklung einer verlässlichen gesamtgesellschaftlichen Gesundheitsfürsorge 1883 war eine herausragende Leistung, die allerdings einer dringenden Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten bedarf. Bisherige Veränderungen bedeuteten immer ein Mehr an Kosten bei gleichzeitiger Schrumpfung des Leistungskatalogs des Versicherungssystems. Aufgrund der schwierigen und verzahnten Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern, sind auf Landesebene leider momentan keine grundlegenden Änderungen möglich [1].

zu a) Mit dem Ausschluss der Gewinnerorientierung im Gesundheitssystem ist es undenkbar, dass beispielsweise ein Krankenhaus von einer Aktiengesellschaft geführt wird. Aufgrund einer eigentlich sinnvollen kritischen Beschränkung der Bezahlung medizinischer Leistungen lässt sich der Gewinn momentan nur noch erzielen über

- eine Erhöhung der Fallzahlen mit dem Risiko unnötiger medizinischer Leistungen (z.B. 2007: 170.000 Bandscheiben-OPs, 2011: 350.000 Bandscheiben-OPs)
- einen Personalabbau (z.B. nachts nur eine Pflegekraft für über 30 z.T. frisch-operierte Patienten)
- schlechtere Entlohnung des Personals (z.B. Rettungsassistenten bei unter € 10,00 /Stunde brutto)

Gewinnerzielung im Gesundheitssystem bedeutet immer Qualitätsverlust!

- So hat z.B. Fresenius-Helios, denen bundesweit 65 Krankenhäuser gehören, 2011 bei einem Umsatz von € 2,665 Milliarden einen Gewinn von € 163 Millionen ausgewiesen [2]. Aber wo kommt in diesem Fall der sog. "Gewinn" her? Der wird allein von jedem einzelnen Beitragszahler der GKV aufgebracht und sollte auch diesem zugute kommen und nicht einem Fresenius-Aktionär! In ähnlicher Höhe schließt auch die Rhön-AG mit 45 Krankenhäusern ihr Geschäftsjahr 2011. Laut Ankündigung der großen Aktiengesellschaften sollen Dividenden zwischen 10 und 15 % erzielt werden, die natürlich wieder allein vom Beitragszahler aufgebracht werden müssen. Sollte aber ein privates Krankenhaus unrentabel werden (z.B. ehemals Sana-Krankenhaus Gransee), dann wird es - natürlich mit Verlust für's Land - wieder "zurück verkauft". Auch in diesem Bereich gilt die goldene Regel: Gewinne werden privatisiert, Verluste "sozialisiert".
- Um den Gewinn zu maximieren, werden natürlich auch Monopolstellungen angestrebt. So ist es beispielsweise einem Einwohner vom Landkreis Dahme-Spree kaum noch möglich, sich NICHT von der Sana-AG behandeln zu lassen: Beide Akut-Krankenhäuser gehören Sana und über die Einverleibung der ambulanten Arzt-Sitze im Landkreis in ihre MVZs ist dem Patienten landkreisweit fast nur eine Behandlung nach Sana-Standards möglich.
- Sind Chef- und Oberärzte wirklich in ihrer medizinischen Entscheidung frei und handeln ausschliesslich im Sinne des Patienten, wenn ihre Verträge bei relativ niedrigem Grund-Lohn mit einer Gewinn-Beteiligung versehen sind?
- Ausbildung und Forschung sind natürlich unrentabel und deshalb in den letzten Jahren immer weiter reduziert worden [3].

Allein die Vermeidung und Verhinderung ökonomischer Anreize lässt sich alle an der Gesundheitsfürsorge Beteiligten wieder auf ihr eigentliches Ziel besinnen. Dies ist problemlos zu erreichen durch eine Kommunalisierung und Anstellung aller am Gesundheitswesen Beteiligten.

Dann wäre natürlich auch jede Form des (versuchten) Abrechnungsbetrugs überflüssig.

zu b) ergibt sich von selbst. Sollten irgendwann alle im Gesundheitswesen Tätigen Teil des öffentlichen Dienstes sein, entfällt dieser Punkt.

zu c) Die wesentliche Aufgabe der kassenärztlichen Vereinigung als Mittler zwischen Krankenkasse und niedergelassenem Arzt besteht in der Weitergabe der erzielten Einnahmen. Außerdem organisiert sie den kassenärztlichen Notdienst und befindet über Neuzulassungen von Praxen.

zu d) Analog zu den KV'en haben die Ärztekammern nur einen geringfügigen Auftrag (Schlichtungsstelle, Verwaltung von Fort- und Weiterbildung, Organisation von Prüfungen etc.) und können ebenfalls problemlos von einer staatlichen Organisationsform übernommen werden.

zu e) Das drängendste Problem bei der Sicherstellung medizinischer Leistungen in den nächsten Jahren wird ein maximaler Personalmangel auf allen Ebenen medizinischen Personals sein [4]. Hier ist eine sinnvolle Ressourcen-Planung mehr als überfällig. Die bisherigen Konzept-Ansätze der Verantwortlichen haben gnadenlos versagt. Warum z.B. aber kann ein frisch-approbierter Arzt, der sich sein Studium mit ca. € 200.000 von der Gemeinschaft hat finanzieren lassen, sofort in sein Heimatland zurückkehren bzw. in die Schweiz auswandern, anstatt dies der Gemeinschaft temporär in Form ärztlicher Leistung in der Uckermark wieder zurückzugeben. Eine offene Diskussion mit allen Optionen dazu ist dringend überfällig.

zu f) Als eigenverantwortlicher Patient habe ich Rechte und Pflichten, über die ich natürlich informiert sein muss. Es ist leider immer noch weitestgehend unbekannt, wie das Gesundheitssystem organisiert ist, welche Kosten durch mich entstehen (wenn ich z.B. die 112 in Anspruch nehme), was ich selber tun kann, um Kosten zu reduzieren (Stichwort "Prävention"). Diese Themen allgemeinbildend in die schulischen Lehrpläne einzubauen und bereits im Kindergarten eine Sensibilität für die eigene Gesundheit und die der Anderen (z.B. Erste-Hilfe-Ausbildung) vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Rechte und Pflichten zu schaffen, soll hier erreicht werden.

zu g) Ziel des Antragstellers ist es, in einem ersten Schritt alle GKVen (z.Zt. 145) in eine einzelne zu überführen, der alle (Angestellte, Beamte, Selbstständige) verpflichtend angehören. Allein Leistungen, die über den Leistungskatalog der GKV hinaus gehen, sollen privat versicherbar sein. In einem zweiten Schritt kann dann auch diese GKV abgeschafft und das Gesundheitssystem in ein steuerfinanziertes umgewandelt werden.

Verweise

[5], [6], [7], [8], [9]

WP033z - Konversionsflächen der Bundeswehr

Antragsteller: RicoB CB → Version: 12. Juli 2012; 08:39 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen:

Konversionsflächen der Bundeswehr

Mit der Umstrukturierung der Bundeswehr werden durch Konversion wieder große Flächen zur Verfügung stehen. Bei ortsnahen Flächen sind gerade Kommunen für Ihre Stadtplanung auf diese Flächen angewiesen - beispielsweise für die Anlage von Gewerbe- und Industriegebieten. Bei den vorhandenen Gebäuden ist im Sinne der Nachhaltigkeit eine Nachnutzung anzustreben. Ortsferne Flächen - zum Beispiel Truppenübungsplätze - sollen der Natur erhalten bleiben, renaturiert werden oder für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien genutzt werden.

Begründung: Der Antragstext enthält bereits eine Herleitung der grundlegenden Forderung. Der Antrag kann auf dem Landesparteitag vorgestellt und Fragen beantwortet werden.

WP034z - Kulturdenkmäler als Geschichtszeugnisse erhalten

Antragsteller: RicoB CB → Version: 12. Juli 2012; 08:40 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen:

Kulturdenkmäler als Geschichtszeugnisse erhalten

Kulturdenkmäler sind Zeugnisse vergangener Zeit. Die Erhaltung historischer Bauten, Gärten, technischer Einrichtungen, aber auch archäologischer Denkmäler liegt im öffentlichen Interesse. Sie zu erfassen, zu bewerten und zu schützen ist eine staatliche Aufgabe. Da Kulturdenkmäler aber auch größtenteils Wirtschaftsgüter sind, lässt sich eine denkmalgerechte Erhaltung nicht ohne einen Ausgleich zwischen privaten, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen erreichen.

Denkmalpflege ist zudem ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor. Örtliches Handwerk, kleine und mittelständische Betriebe und der Tourismus profitieren. Die PIRATEN Brandenburg wollen einen ebenso wirkungsvollen wie gerechten Denkmalschutz. Kulturdenkmäler im öffentlichen Besitz sollen vorbildhaft erhalten werden. Der Denkmalpflege wollen wir genügend Mittel zur Verfügung stellen, um unser Kulturgut dauerhaft erhalten zu können, den zuständigen Landesämtern ausreichend Personal. Informationsangebote im Internet sollen der Öffentlichkeit über alle baulichen und archäologischen Kulturdenkmäler im Land Brandenburg umfassende Informationen bieten.

Begründung: Der Antragstext enthält bereits eine Herleitung der grundlegenden Forderung. Der Antrag kann auf dem Landesparteitag vorgestellt und Fragen beantwortet werden.

WP051z - Ämter abschaffen - Kommunen stärken

Antragsteller: Ralf Koordinator AK Kommunalpolitik → Version: 13. Juli 2012; 16:22 Uhr

Antragstext: Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die PIRATEN Brandenburg wollen die Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) zur Stärkung der Kommunen ändern. Die veraltete, überholte und intransparente Struktur des Amtes soll abgeschafft und statt dessen die amtsfreie Gemeinde bevorzugt werden. Bei der amtsfreien Gemeinde wird der hauptamtliche Bürgermeister demokratisch durch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger gewählt. Um dies zu erreichen, sollen die §§ 133 bis 140 ersatzlos gestrichen werden. Unter den Übergangsbestimmungen ist der schon bestehende § 134 Abs. 3 zur Überführung der Ämter in amtsfreie Gemeinden aufzunehmen. Hierzu ist eine angemessene Übergangsfrist festzuschreiben, die sich an der Amtszeit des Amtsdirektors orientiert.

Begründung: Mehr Demokratisierung der Kommunalverwaltung durch die amtsfreie Gemeinde in allen Kommunen Brandenburgs! Wir wollen die direkte Demokratie stärken. Deshalb wollen wir keine Strukturen mehr in denen die Bürger ihren Verwaltungschef nicht wählen dürfen. Im Amtsmodell wird der Amtsdirektor bisher nicht von den Bürgern gewählt. In der amtsfreien Gemeinde der Bürgermeister dagegen schon. Die amtsfreie Gemeinde ist inzwischen auch im ländlichen Raum anzutreffen. Doch daneben gibt es immer noch das Amtsmodell. Dieser Unterschied macht keinen Sinn. Es gibt inzwischen viele Ämter und amtsfreie Gemeinden die sind von Einwohnerzahl und ländlichen Strukturen nicht mehr zu unterscheiden. Die amtsfreie Gemeinde ist in der Kommunalverfassung verankert.

Die Amtsstrukturen mit einem Amtsdirektor als Verwaltungschef, ehrenamtlichen Bürgermeistern mit wenig Kompetenzen, einem oft intransparenten Amtsausschuß der den Amtsdirektor allein bestimmt, verschiedenen Gemeindevertretungen oft sehr kleiner Kommunen sind für die Bürger nicht zeitgemäß. Hier sind die Zuständigkeiten nicht sehr transparent für die Bürger geregelt. Ferner ist das Amt kostenmäßig aufwendiger zu verwalten als die amtsfreie Gemeinde. In der amtsfreien Gemeinde kann im Gesamtinteresse aller Bürger besser geplant werden. Hier haben die Bürger eine klare Struktur mit einem hauptamtlichen Bürgermeister, der zugleich Verwaltungschef ist, sowie der Gemeindevertretung vor sich. Laßt uns starke Kommunen schaffen für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung. Eine Voraussetzung dafür ist die amtsfreie Gemeinde für

2. Zurückgestellte und unbehandelte Positionspapiere

Q003z - Schulen fit machen

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK_Bildung → Version: 03. August 2012; 04:04 Uhr

Antragstext: Brandenburger Schüler stehen mit dem, was sie an unseren öffentlichen Schulen an Kenntnissen und Kompetenzen erwerben oftmals hinter ihren Altersgenossen im übrigen Bundesgebiet zurück. [1] Es werden auch heute noch vielfach Klassen und keine Kinder unterrichtet. Selbständiges und eigenverantwortliches Lernen sind genau wie eine individuelle Förderung eher die Ausnahme als die Regel. Ein Qualitätsmanagement, oder überhaupt nur ein Qualitätsbewusstsein, ist an vielen Schulen kaum ausgeprägt. [2] Die Piratenpartei Brandenburg fordert einen Qualitätswettbewerb zwischen den Schulen. Deshalb wollen wir die Handlungsspielräume der einzelnen Schule bei der Schulentwicklung deutlich erweitern und ein Anreizsystem schaffen, welches die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Schulqualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind fördert.

Wir fordern . . .

. . . die Umwandlung von öffentlichen Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um Verträge schließen zu können.

. . . die Hohheit der Schule über ihr Personal. Schulen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz.

. . . die Hohheit der Schule über alle Sach- und Betriebsmittel. Die Schule erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.

. . . ein abspecken der Rahmenlehrpläne, um den Schulen Freiräume für soziales Lernen und zur stärkeren inhaltlichen Profilierung zu verschaffen.

. . . eine Finanzierung über Bildungsgutscheine. Schulen erhalten einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands. Dieser Betrag ist abhängig von Klassenstufe, Schulform und ggf. besonderen Bedarfen. Kleine Schulen mit einer Zügigkeit von unter einer Klasse pro Jahrgang erhalten einen Sockelbetrag zur Aufrechterhaltung des Betriebs.

[1] http://www.iqb.hu-berlin.de/aktuell/dateien/LV_ZF_0809b.pdf Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich

[2] <http://www.isq-bb.de/Brandenburg.19.0.html> Jahresberichte der Schulvisitation

Begründung: Viele öffentliche Schulen befinden sich in einem "Dornröschenschlaf". Die Leistungen der Kinder sind oftmals mangelhaft. Die didaktische Qualität lässt vielerorts zu wünschen übrig. Diese Sachverhalte sind durch wissenschaftliche Untersuchungen und durch die staatliche Schulvisitation belegt (siehe Links) Offensichtlich lässt sich die Situation nicht durch Gesetze und Verordnungen von oben herab ändern, denn wenn es nach den Gesetzen und Verordnungen gehen würde, hätten wir viele der Probleme überhaupt nicht. Vergleiche z.B. § 3 BrbSchulG der einen Rechtsanspruch auf individuelle Förderung festschreibt oder die Rahmenlehrpläne Grundschule die diesen Rechtsanspruch konkret ausformulieren. Offensichtlich können selbst rechtlich verbindliche Vorgaben an Brandenburger Schulen schlicht ignoriert werden.

Wie bringe ich nun aber die Akteure vor Ort dazu sich aktiv mit Fragen der Qualitätssicherung und der Schulentwicklung zu beschäftigen? Zum einen schafft eine bessere Finanzierung des Bildungssektors, wie auf dem letzten LPT beschlossen, sicherlich eine Entlastung im Alltag und neue Freiräume. Durch neue Freiheiten in der Organisation und bei der Ausgestaltung des Schulbetriebs hat jede Schule die Chance sich gemäß ihrer konkreten Bedürfnisse zu entwickeln und die angebotenen Freiräume auch tatsächlich zu nutzen. Hierbei spielt sicherlich die Auswahl des eigenen Personals eine zentrale Rolle, wobei dies durch den Wegfall der Verbeamtung praktisch lösbar geworden ist. Ziel ist die Schaffung eines Qualitätswettbewerbs zwischen den Schulen.

Bildungsgutscheine verstärken diesen Wettbewerbsimpuls, weil an jeden Schüler eine konkrete Summe Geld gebunden ist. Insbesondere der in der Fläche mangelhafte Blick auf das einzelne Kind wird so geschärft. Wer sich aktiv den Bedürfnissen des einzelnen Kindes zuwendet wird mehr Kinder und damit Geld bekommen. Wer das einzelne Kind ignoriert läuft Gefahr Kinder und damit Geld zu verlieren. Durch eine Sockelfinanzierung wird der Betrieb kleinerer Schulen im Land abgesichert.

3. Zurückgestellte und unbehandelte Sonstige Anträge

X007z - Gegen rituelle Körperverletzung von Minderjährigen

Antragsteller: AG Humanistischer Laizismus + Henry Gießwein → Version: 19. August 2012; 13:37 Uhr

Antragstext: Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, insbesondere bei Minderjährigen, ist klar als vorrangig gegenüber anderen Grundrechten hervorzuheben. Weder das Grundrecht auf Religionsfreiheit noch das Erziehungsrecht der Eltern darf das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Minderjährigen einschränken. Insofern sind rituelle Handlungen, welche zum Verlust der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen führen, abzulehnen.

Begründung: Es gab bereits mehrere Initiativen im LqFb zum Thema Beschneidung von Jungen, z.B.: <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3733.html>, <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3957.html>) Diese waren jedoch als Meinungsbild bzw. Aufforderung zu einer PM der Bundespartei angelegt. Da der Vorstand der Partei sich vorläufig zu dem Thema nicht öffentlich äußern möchte, haben wir den vorliegenden Antrag als Text für das Wahlprogramm vorgesehen. Das

Thema hat eine besondere Aktualität bekommen durch das Kölner Beschneidungsurteil: <http://adam1cor.files.wordpress.com/2012/06/151-ns-169-11-beschneidung.pdf> sowie durch den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU der SPD und der FDP: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf>.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Gesetzesinitiative der Bundesregierung, die innerhalb kürzester Zeit die religiöse Beschneidung von Jungen in Deutschland rechtlich regeln will, sollte sich die Piratenpartei klar positionieren. Das Urteil des LG Köln hat - basierend auf der herrschenden juristischen Lehrmeinung - eine Rechtsunsicherheit für Ärzte offenbart, die Fragen aufwirft und Diskussionen entfacht - notwendige Diskussionen in einem Staat, der kulturelle Vielfalt postuliert.

Die rituelle Körperverletzung von Minderjährigen ist ein eklatanter Verstoss gegen die Menschenrechte, die UN-Kinderrechtskonvention und gegen Art. 2 des Grundgesetzes. Sie ist ein Relikt des Mittelalters bzw. der Bronzezeit. Gewalt gegen Kinder bedeutet ein Versagen in unserer modernen Gesellschaft - sie rechtlich zu billigen, ist ein gesellschaftlicher Rückschritt. Daher sollten wir uns als Piraten hier klar für den Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen aussprechen.

weitere Informaitionen unter: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Humanistischer_Laizismus